Nr. 26. + 27. Jahrgang

Berlin, 28. Juni 1919

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO.16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 1 Mk. Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 80 Pfg. Versammlungsanzeigen 30 Pfg.

Der elfte Verbandstag.

Berlin, 21. Juni.

Der Verbandstag ist geschlossen. Es muß ihm zugestanden werden, daß er fleißig gearbeitet hat; er hat auf die sonst übliche Erholungspause verzichtet und statt dessen verschiedene Ueberstunden gemacht, aber die geleistete Arbeit hat wenig Befriedigung geweckt. Die Verhandlungen standen unter dem Zeichen des verderblichen Parteistreits, welcher der Arbeiterschaft schon soviel Schaden zugefügt hat. Die unter den Delegierten vorhandenen politischen Gegensätze drängten sich immer wieder vor und machten es sehr schwer, zu gedeihlichen Beschlüssen zu kommen.

Ueber den Bericht des Verbandsvorstands, der in Verbindung mit dem Bericht der Redaktion zur Diskussion gestellt war, wurde sehr lange verhandelt. Eine Menge Vorwürfe wurde erhoben und zum Teil mit großer Erbitterung vorgetragen, aber trotzdem hatte der Verbandsvorsitzende Recht, als er in seinem Schlußwort feststellte, daß die Tätigkeit des Vorstands noch nie so wenig kritisiert worden sei, wie auf diesem Verbandstag.

Die leidenschaftlich vorgetragenen Anklagen treffen eben die Verbandsleitung nicht, und wenn sich die Delegierten an das gehalten hätten, was den Verband unmittelbar berührt, dann hätte sehr viel Zeit erspart werden können. Die Opposition hatte in ihren Resolutionen mit recht starken Worten operiert. Ihre Wortführer, die es übernommen hatten, zu beweisen, daß der Vorstand das in ihn gesetzte Vertrauen mißbraucht und Verrat an den heiligsten Interessen der Arbeiterklasse verübt habe, mußten, wenn sie auf das eigentliche Thema zu sprechen kamen, offen zugeben, daß gegen die gewerkschaftliche Tätigkeit des Vorstands nichts einzuwenden sei.

Die wichtigsten Abstimmungen, die der Verbandstag vorgenommen hat, hatten lediglich Bedeutung als Kraftproben der auf dem Verbandstag vertretenen politischen Parteien. Die Anhänger der U.S.P. waren schon vor der Eröffnung des Verbandstags zu einer Konferenz geladen worden, ob es muß ihnen zugestanden werden, daß sie zur Stange halten. Gegen den letzten Absatz der Resolution Siegle, in welchem die erwähnten starken Worte gegen den Verbandsvorstand gebraucht werden, hatten einige Angehörige der Opposition doch Bedenken, die sie später privatim dem Verbandsvorsitzenden äußerten. Diese Bedenken hinderten sie aber nicht, der Resolution ihrer Partei zuzustimmen. Auf der andern Seite haben mehrere Angehörige der Mehrheitspartei an dem Wortlaut der von der Kommission vorgelegten Resolution Anstoß genommen und aus diesem Grunde die Vertrauenskundgebung für den Vorstand abgelehnt, der sie sachlich zustimmten. Daraus erklärt sich das verschiedene Ergebnis bei den beiden Abstimmungen.

Ein knappes Drittel der Delegierten zählte sich zur Opposition. Dieser Minderheit hat die Mehrheit großes Entgegenkommen bewiesen. Um keinen berechtigten Grund zu Klagen über angebliche Einengung der Meinungsfreiheit zu geben, hat man der Opposition nicht nur bei den wichtigen Fragen Korreferenten zugestanden, man hat ihr auch in weitgehendem Maße gestattet, parteipolitische Reden zu halten, welche die Zeit des Verbandstages in starkem Maße in Anspruch nahmen. Es war deshalb recht wenig angebracht, daß die Berliner Delegierten in der Eröffnungs- wie in der Schlußsitzung ihre theatralische Auszugsszene aufführten.

Warum denn auf diese Weise künstlich Gegensätze konstruieren, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden sind? Das hat doch der Verbandstag deutlich gezeigt. Wo es sich um praktische Aufgaben handelt, da müssen die politischen Gegner, wenn sie nicht wirklich die Arbeiterinteressen schädigen wollen, zusammenarbeiten, und sie finden sich zusammen. Die bedeutsamste Aenderung des Verbandsstatuts, die beschlossen wurde, über welche die Mitglieder übrigens noch durch Urabstimmung zu entscheiden haben werden, betrifft die Erhöhung des Verbandsbeitrags und der Sätze für die Streikunterstützung; und diese Beschlüsse wurden nahezu einstimmig gefaßt. Bei der Minderheit wie bei der Mehrheit weiß man, daß man mit dem Abschluß des Friedens mit der Entente im deutschen Wirtschaftsleben kritischen Tagen entgegengeht. Da muß die Arbeiterschaft in ihren Gewerkschaften eng zusammenstehen. Wo der Austrag von politischen Gegensätzen vermeidbar ist, und das ist in den Gewerkschaften der Fall, da muß er vermieden werden.

Eine Enttäuschung für die Opposition war offenbar das mächtige Referat des Kollegen Tarnow über die Sozialisierungsfrage und das Rätesystem. Dieser Vertreter des Verbandsvorstandes hat in seinem wohldurchdachten Vortrag den Arbeiterräten wichtige Funktionen in der Volkswirtschaft zugewiesen, und der von ihm entwickelte Plan für die Sozialisierung der Holzindustrie ist gewiß noch kein fertiges Programm, aber doch ein Beweis dafür, daß der Redner sehr gründlich über das Problem nachgedacht und dabei Gedanken zutage gefördert hat, die auch andere zum Nachdenken anregen können. Die Crummsche Resolution wäre eine passende Gelegenheit gewesen, ein einmütiges Votum des Verbandstages herbeizuführen. Aber die politischen Skrupel der Opposition lassen das nicht zu. Tarnows Referat und seine Resolution lassen es völlig offen, ob die Arbeiterräte politische Funktionen ausüben oder nicht; er untersucht nur ihre wirtschaftlichen Aufgaben. Aber gerade das wird als ein Fehler empfunden, 27 Kollegen stimmten gegen die Resolution, weil die Opposition auf dem Boden des politischen Rätesystems steht, das hier gar nicht zur Diskussion stand.

Man braucht die starken Worte in der Mißtrauensresolution der Opposition nicht zu tragisch zu nehmen, man weiß, daß das nicht so schlimm gemeint ist. Auch die Kollegen, die sich für äußerst radikal halten, wissen, sofern es ihnen um das Wohlergehen des Verbandes ernst ist, sehr gut, was es für einen Verlust für unsere Organisation bedeuten würde, wenn sie mit ihrer Resolution durchgedrungen wären und die leitenden Männer zur Strecke gebracht hätten. Gewiß ist kein Mensch unersetzlich. Aber auch auf die zur Opposition gehörigen Delegierten, soweit sie einen tieferen Einblick in unser Verbandsleben haben, machte es sichtlich einen starken Eindruck, als sich das Gerücht auf dem Verbandstag verbreitete, daß der Verbandsvorsitzende sich mit der Absicht trage, eine Wiederwahl nicht anzunehmen. Soweit wollte schließlich niemand die Dinge getrieben haben, und es ging deshalb ein Aufatmen der Erleichterung durch die Versammlung, als Kollege Leipart seine Erklärung in dieser Frage abgab. —

Im Hinblick auf die knappen Berichte in der Tagespresse geben wir nachstehend einen ausführlicheren Verhandlungsbericht. Wir können deshalb auch auf eine weitere Besprechung einzelner Vorgänge verzichten. Trotz der gereizten Stimmung, die zeitweilig zutage trat, hat uns der Verlauf des Verbandstags die Ueberzeugung gefestigt, daß es gar nicht so schwer ist, den gemeinschädlichen politischen Richtungsstreit wenigstens aus den gewerkschaftlichen Veranstaltungen fernzuhalten. Ist erst dafür überall der gute Wille vorhanden, dann ist damit schon ein gutes Stück auf dem Wege zur Einigung des Proletariats zurückgelegt.

*

Verhandlungsbericht.

Am 15. Juni abends fanden sich die Delegierten zu der Eröffnungssitzung im Gewerkschaftshaus in Berlin zusammen. Nach einem von einem Gesangverein vorgetragenen Chor nimmt der Bevollmächtigte der Zahlstelle Berlin, Kollege Siegle, das Wort zur Begrüßung der Delegierten. Die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit hat es nicht gestattet, umfangreiche Vorbereitungen zu treffen, doch ist alles geschehen, um den Delegierten den Aufenthalt in Berlin angenehm zu machen. Nach einem gedrängten Rückblick auf die Entwicklung der Zahlstelle, die jetzt rund 30 000 Mitglieder zählt, und auf die von den Berliner Kollegen geführten Lohnkämpfe, bespricht der Redner den Verlauf des gegenwärtigen Streiks, der nun seinem Ende entgegengeht. Die Revolution, so führt Redner weiter aus, hat den Gewerkschaften neue Aufgaben gewiesen. Der Verbandstag wird im Zeichen der Revolution stehen. Möge er seine Beschlüsse im revolutionären Geist fassen. In diesem Sinn heißt Redner die Delegierten willkommen.

Leipart begrüßt die Delegierten im Namen des Verbandsvorstandes. Fünf Jahre voll Not und Entbehrung liegen hinter uns. Der Krieg hat in allen Häusern schmerzliche Opfer gefordert, auch unser Verband ist hart betroffen worden. Etwa 12 000 Kollegen sind im Felde gefallen, und auch in der Heimat hat der Krieg zahlreiche Opfer gefordert. Redner gedenkt der Verstorbenen, zu deren Ehren sich die Delegierten von ihren Plätzen erhoben haben und begrüßt die aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen.

Dunkel und trübe liegt die Zukunft vor uns. In dieser Zeit ist es besonders notwendig, daß wenigstens die führenden Männer, zu denen auch die Delegierten gehören, den Kopf oben behalten. Sie müssen die Dinge betrachten wie sie sind, sie dürfen den Mut nicht verlieren und bestrebt sein, das Vertrauen zu rechtfertigen, das ihre Auftraggeber in sie gesetzt haben. Unsere Tätigkeit gibt uns ein Recht, an der stillen Freude über den Erfolg der Revolution teilzunehmen. Zu lauter Freude ist die Zeit noch nicht gekommen. Der Bruderzwist in der Arbeiterschaft läßt solche nicht aufkommen. Hoffentlich kommt die notwendige Einigung recht bald; sie ist notwendig zur Sicherung und zum Ausbau der Revolution. Die Arbeiter haben einen großen Sieg errungen, aber der Kampf ist noch nicht zu Ende. Der Kapitalismus hat uns Konzessionen machen müssen, aber er ist noch nicht besiegt. Wir haben schwere Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit geführt; sie waren aber nicht vergeblich, denn sie schufen die Voraussetzung für die glatte Durchführung des Achtstundentages.

In seinen weiteren Ausführungen gedenkt der Redner des im vorigen Jahr begangenen Verbandsjubiläums und der Kämpfe und Erfolge des Verbandes. Hätten wir, wie geplant war, den Verbandstag am 25. Mai in Hamburg eröffnet, dann hätten wir zugleich des 50. Jahrestages der ersten Generalversammlung der im Jahre 1868 gegründeten Holzarbeitergewerkschaft gedenken können. Diese Organisation hatte im Jahr 1869 1560 Mitglieder in 53 Zahlstellen. Infolge des damaligen Krieges war sie im Jahr 1871 auf 254 Mitglieder in 9 Zahlstellen zusammengeschmolzen. Diese Zahlen zeigen, wie klein die Anfänge unserer Organisation waren, welche Schwierigkeiten zu überwinden waren, um zu unserer heutigen Stärke zu gelangen. Unsern alten Vorkämpfern sind wir dafür Dank schuldig.

Auf den Delegierten lastet eine große Verantwortung. Das Wohl von 300 000 Mitgliedern ist in ihre Hand gelegt. Jeder ist von dem guten Willen erfüllt, daß die Arbeiten des Verbandstages nutzbringend und erfolgreich sind. Mit dem Wunsch für eine gedeihliche Arbeit erklärt Redner den Verbandstag für eröffnet.

Es wird nur zur Konstituierung des Verbandstages geschritten. Die Kommission, die seit dem 11. Juni die vorliegenden Anträge vorberaten hat, hat für die Besetzung des Bureaus und der Kommissionen Vorschläge unterbreitet. Als Vorsitzende schlägt sie die Kollegen Leipart und Gericke (Leipzig) vor. Von anderer Seite wird an Stelle Gerickes Böse (Berlin) vorgeschlagen.

Schleicher (Stuttgart) weist namens der Kommission auf den ungünstigen Gesundheitszustand mehrerer Vorstandsmitglieder hin; dadurch ruht auf dem Verbandsvorsitzenden eine schwere Arbeitslast. Man muß ihm zur Leitung des Verbandstages einen erfahrenen Kollegen zur Seite stellen, deshalb werde Gericke von der Kommission empfohlen.

Siegle (Berlin): Wird der von Berlin vorgeschlagene Kollege Böse nicht gewählt, dann entsteht eine gespannte Situation. Die Berliner Delegierten wären eventuell gezwungen, aus dieser Brüskierung Konsequenzen zu ziehen.

Leipart mahnt zur Sachlichkeit. Der Vorschlag der Kommission enthält keine Brüskierung der Berliner Kollegen. Die Wahl des Vorsitzenden aus den Delegierten des Tagungsorts ist bei uns nicht Brauch. Seit einer langen Reihe von Jahren ist früher fast regelmäßig ein Berliner Kollege Vorsitzender des Verbandstages gewesen.

Siegle (Berlin) fragt, ob die Kommission ihren Vorschlag zurückziehe. Als diese Frage verneint wird, fordert er die Berliner Kollegen auf, den Saal zu verlassen; ihnen schließen sich noch einige andere Delegierte an. Inzwischen wird die Wahl vorgenommen.

Zu Vorsitzenden werden gewählt Leipart und Gericke (Leipzig).

Nach dem Vorschlag der Kommission werden weiter gewählt: Als Schriftführer die Kollegen Recht (Elbing), Petersen (Kiel), Wagner (Freiburg i. B.), Dörfer (Fürth), Rommel (Essen), Geisler (München). In die Mandatsprüfungskommission: Kohlroß (Braunschweig), Hölscher (Vegesack), Spill (Danzig), Stelzl (Nürnberg), Wittig (Leipzig), Bahnert (Hannover), Diering (Waldenburg). In die Beschwerdekommission: Tornau (Frankfurt a. Main), Meusch (Berlin), Ladendorf (Barth), Menzel (Eppendorf), Wendt (Köln), Lochner (Rosenheim), Göthel (Görlitz). In die Revisionskommission: Koblitz (Breslau), König (Hamburg), Metzner (Stuttgart), Berner (Chemnitz), Hinze (Spandau), Gerndt (Berlin), Rehfeld (Mannheim).

Es wird beschlossen, von 8 bis 12 und von 2 bis 5 Uhr zu tagen. Im übrigen wird die vorgelegte Geschäftsordnung genehmigt mit der Maßgabe, daß die Redezeit in der Generaldebatte über den Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes auf 20 Minuten verlängert wird. Inzwischen sind die Berliner Kollegen wieder zurückgekehrt und

Siegle (Berlin) protestiert gegen die Wahl von Gericke, der eine kompromittierte Person sei, weil er von der Zahlstelle Leipzig seines Amtes als Bevollmächtigter entsetzt wurde. Er beantragt, die Wahl zu wiederholen.

Leipart macht den Vorschlag, einen dritten Vorsitzenden zu wählen, um den Konflikt beizulegen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Siegle (Berlin): Wir bestehen darauf, daß Gericke ausscheidet.

Leipart: Darauf kann der Verbandstag nicht eingehen.

Es wird abgestimmt und Böse (Berlin) zum dritten Vorsitzenden gewählt. Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Erster Verhandlungstag (Montag).

Gericke eröffnet die Sitzung. Zur Geschäftsordnung erklärt

Böse (Berlin), daß er darauf verzichte, das Gnadengeschenk des Postens als dritter Vorsitzender zu übernehmen.

Gericke (Leipzig) verweist darauf, daß er durch das Vertrauen der Leipziger Kollegen zum Delegierten gewählt sei.

Radzuhn (Bremen) beantragt, das Vorstandsmitglied Dammer, gegen welches die Bremer Zahlstelle einen Ausschlußantrag gestellt hat, von den Verhandlungen des Verbandstages auszuschließen.

Der Antrag wird nach kurzer Debatte mit großer Mehrheit abgelehnt.

Es liegen einige Anträge auf Abänderung der Tagesordnung vor. Entsprechend den Vorschlägen der Vorberatungskommission wird beschlossen, den Bericht des Verbandsvorstandes und den der Redaktion gemeinsam zu diskutieren. Hierbei soll einem Redner der Opposition unbeschränkte Redezeit gestattet werden. Einige weitere Fragen, deren besondere Behandlung beantragt ist, sollen bei den entsprechenden Punkten der Tagesordnung erledigt werden. So wird beschlossen, bei dem Tagesordnungspunkt „Neue Aufgaben des Verbandes in der neuen Zeit" auch das

„Rätesystem" zu besprechen und hierzu Siegle (Berlin) als Korreferenten zu bestimmen.

Nachdem zu den vorliegenden Anträgen die Unterstützungsfrage gestellt ist, wird in den zweiten Punkt der Tagesordnung eingetreten:

Bericht des Verbandsvorstandes.

Leipart: Der Vorstand war in den verflossenen fünf Jahren bemüht, die Fühlung mit den Mitgliedern aufrechtzuerhalten. Seit 1915 haben 8 Städtekonferenzen stattgefunden, die sich meist mit Lohnbewegungen beschäftigt haben. Aber auch über die Lage des Verbandes wurde gesprochen, und dabei hat sich im großen und ganzen Uebereinstimmung in der Auffassung der behandelten Fragen ergeben. Die Vorbereitungen des Verbandstages hatten unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden. Kollege Neumann war lange ernstlich krank, und auch Kollege Schneegaß ist in den letzten Wochen zusammengebrochen. Beide Kollegen sind, obwohl sie noch krank sind, hier. Das Fehlen dieser beiden Kräfte im Bureau zwang dazu, manche Arbeit zurückzustellen. Auch das Jahrbuch 1918 ist noch nicht erschienen.

Zu diesem Verbandstag sind ausländische Gäste nicht erschienen. Noch haben wir den Frieden nicht, und es wäre nicht möglich, alle Bruderorganisationen zu laden, deshalb haben wir davon abgesehen, die Neutralen allein zu laden. Die Internationale Union der Holzarbeiter hat trotz der Schwierigkeiten ihre Tätigkeit während des Krieges fortgesetzt. Unser Verband hat das Defizit der Internationalen Union vorläufig übernommen und dadurch das Erscheinen des „Bulletin" ermöglicht, das während des Krieges auch in die feindlichen Länder verschickt wurde.

Die früher fast in jedem Jahr aufgenommenen Statistiken über Löhne und Arbeitszeit in den einzelnen Branchen mußten während des Krieges unterbleiben. Dagegen wurden im Jahre 1915 und 1917 Statistiken über die unmittelbare Wirkung des Krieges auf das Holzgewerbe aufgenommen. Eine Statistik über die Durchführung des Achtstundentages wird im Jahrbuch 1918 erscheinen. Nach einem Beschluß der Konferenz der Verbandsvorstände soll im Jahre 1921 eine allgemeine Lohnstatistik nach einheitlicher Fragestellung aufgenommen werden. Bis dahin können auch wir von einer größeren Erhebung absehen.

Die vom vorigen Verbandstag beschlossene Errichtung einer Unfallunterstützungskasse für die Funktionäre des Verbandes konnte noch nicht ins Leben treten; es müßte darüber von neuem entschieden werden. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Einrichtung einer Pensionskasse für die Angestellten in Erwägung zu ziehen sein, für welche diese selbst Beiträge zu leisten haben. Der Vorstand möchte, ehe er an die Ausarbeitung eines Entwurfs geht, die Ansicht des Verbandstages hören.

Der Gründung des Eisenbahner-Verbandes hat der Verbandsvorstand seinerzeit nicht zugestimmt, weil wir auf die in den Eisenbahnwerkstätten beschäftigten Holzarbeiter nicht verzichten wollten. Auch heute können wir nicht zustimmen, daß die in den Eisenbahnwerkstätten beschäftigten Holzarbeiter zum Eisenbahner-Verband übertreten. Das gleiche gilt auch für die gemischten Betriebe in der Metallindustrie. Die Kollegen in diesen Betrieben sollten die besseren Verhältnisse, wie sie in der Holzindustrie durchgeführt sind, auch für sich in Anspruch nehmen und nicht dulden, daß ihre Arbeitsbedingungen von den Metallarbeitern geregelt werden.

Die günstige Entwicklung des „Fachblattes für Holzarbeiter" ist durch den Krieg unterbrochen worden. Es hat technische und redaktionelle Schwierigkeiten gemacht, es aufrechtzuerhalten. Infolge Rückganges der Abonnentenzahl mußte die Bezugskasse große Zuschüsse leisten. Aber das Blatt hat sich auf seiner Höhe gehalten und seinen guten Ruf gewahrt. Seine weitere Verbreitung ist zu wünschen.

Die im schriftlichen Bericht erwähnte Arbeitskammer ist auf unsere Anregung zurückzuführen. Nur unserm Drängen ist es zu danken, daß etwas zustandegekommen ist. Im April ist die Gründung zwar endgültig beschlossen worden, sie steht aber heute noch auf dem Papier. Der provisorische Vorstand hat sämtliche Arbeitgeberverbände zum Beitritt aufgefordert. Von etwa 30 bis 40 Verbänden haben aber nur 2 geantwortet. Da ist es zweifelhaft, ob sich die Arbeitskammer als lebensfähig erweisen wird. Das Reichswirtschaftsministerium will jetzt die Leitung des Wirtschaftslebens aus den Händen der Bureaukratie in die der beruflichen Selbstverwaltung legen. Es sind paritätische Ausschüsse zur Unterstützung des Staatskommissars für den Außenhandel eingesetzt worden. Unser Verband hat sich daran beteiligt und Arbeitervertreter gestellt. Eigentlich ist das das gleiche Gebiet, das die Arbeitskammer bearbeiten sollte. Es scheint aber, daß die Arbeitgeber ohne Hilfe der Behörde nichts unternehmen können. Die Arbeiter können auch ohne Arbeitskammer existieren.

Unsere Kriegspolitik ist viel verlästert worden, man hat ein Zerrbild gemacht von der Tätigkeit der Gewerkschaften und unseres Verbandsvorstandes. Unsere Tätigkeit war darauf gerichtet, die Mitglieder nach Möglichkeit vor den unheilvollen Folgen des Krieges zu schützen. Bei Kriegsausbruch und noch lange danach war die Arbeitslosigkeit in der Holzindustrie sehr groß und weit größer als in vielen anderen Gewerben. Die Unterstützung der Arbeitslosen wurde gekürzt. Sie war niedriger, aber sie wurde länger gewährt als das Gesetz vorschreibt. Die Gewerkschaften haben sehr bald die Einführung staatlicher und gemeindlicher Arbeitslosenfürsorge gefordert. Aus unsern Bemühungen, für Arbeitsgelegenheit zu sorgen, entwickelten sich die Arbeitsgemeinschaften.

Die Generalkommission hat sich gemeinsam mit dem Parteivorstand rechtzeitig an die Regierung gewandt und hat ein Programm für die Kriegsmaßnahmen gemacht. Sie waren hervorragend bemüht, Einfluß auf diese Dinge auszuüben. Gleich bei Beginn des Krieges wurde die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit gefordert. Als sich der Krieg seinem Ende näherte, wurde verlangt, daß rechtzeitig Vorsorge getroffen wird, um die Mängel zu verhüten, die sich bei Beginn des Krieges geltend taten. Schon frühzeitig haben die Gewerkschaften Vorschläge, gewerkschaftliche Forderungen für den neuen Deutschland zu formulieren. Wir haben Friedensbedingungen für den Friedensvertrag aufgestellt, die von unserer Regierung vertreten, von der Entente aber abgelehnt worden. Der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten haben die Gewerkschaften großes Interesse entgegengebracht, und hierbei hatte unser Verband die Führung.

Während des Krieges haben sich die Gewerkschaften durchgesetzt und Anerkennung erkämpft. Das war nicht leicht, denn unsere Organisationen waren geschwächt. Nicht nur durch die Einberufungen. Darüber hinaus hatte unser Verband etwa 20 000 Mitglieder verloren. Bei den Zurückgebliebenen herrschte Zaghaftigkeit und Mutlosigkeit. Auf den Städtekonferenzen in den Jahren 1915 bis 1917 war die Stimmung recht gedrückt. Da war es der Vorstand, der belebend und anfeuernd wirken mußte.

Das Wort vom Burgfrieden haben die Gewerkschaften nicht geprägt. Bei Ausbruch des Krieges wurden alle Streiks abgebrochen, aber nicht des Burgfriedens wegen, sondern weil die wirtschaftliche Lage jeden Gedanken an den Streik unmöglich machte. Noch im Jahre 1916 hielten es die Kollegen auf den Städtekonferenzen für unmöglich, an den Streik zu denken. Die Vorstandsvertreter sind damals im Lande herumgereist, um den Mut der Kollegen zu heben. Wer über die Kriegspolitik des Verbandes urteilen will, muß sagen, daß es dem Vorstand zwar nicht gelungen ist, die unglückseligen Folgen des Krieges von den Kollegen abzuwenden, aber er hat sie im Zusammenwirken mit den übrigen Organen des Verbandes gemildert. Er hat den Kollegen das Durchhalten erleichtert, und er läßt es sich deshalb gern gefallen, als Durchhaltepolitiker bezeichnet zu werden. Das Wohl des Verbandes war der Leitstern des Vorstandes bei allen seinen Handlungen. Wenn der Verband jetzt festgefügt ist, dann danken wir das denen, die zu seiner Entwicklung beigetragen haben. Den Ersatzleuten, die eingesprungen sind, den Veteranen, die das Banner des Verbandes wieder in die Hand nahmen, den zahlreichen Frauen, die mit Erfolg eingesprungen sind, gebührt hohe Anerkennung. Den Gauvorstehern, den Ortsverwaltungen und den Vertrauensleuten in den Betrieben, ihnen allen muß der Dank ausgesprochen werden. Im Bewußtsein ehrlicher Pflichterfüllung kann der Vorstand der Kritik entgegensehen.

In der Nachmittagssitzung erhält das Wort zum

Bericht der Redaktion

Kayser: Die vielen Beschwerden und Einwände, die gegen die Haltung der Redaktion erhoben wurden, haben ihn, so führt er aus, nicht davon überzeugt, daß seine Arbeit schlechter gewesen sei als früher. Die Beschwerden rühren hauptsächlich daher, daß die Beschwerdeführer ihre politischen Anschauungen geändert haben. Redner bespricht die verschiedenartigen Gebiete, die im Verbandsorgan behandelt wurden. Das „Holzarbeiter-Frauenblatt" hat nur eine Existenzberechtigung, wenn die Fragen, welche die Arbeiterinnen der Holzindustrie speziell interessieren, darin erörtert werden. Dazu bedarf es der Mitarbeit der Kollegen, die jedoch sehr viel zu wünschen übrig lasse. Eingehend bespricht der Redner die gegen die Redaktionsführung erhobenen Vorwürfe. Der Sinn der Masse ist wandelbar. Heute ist sie radikalisiert und der Vernunft und ruhiger Ueberlegung schwer zugänglich. Viele radikale Schreier von heute waren 1914 kriegsbegeisterte Hurrapatrioten. Mancher, der gestern noch ein knechtseliger Gelber war, ist heute ein fanatischer Generalstreikapostel. Der Redakteur kann den Mantel nicht nach dem Wind hängen.

Gegenüber dem Vorwurf, daß er nicht berechtigt gewesen sei, in politischen Streitfragen Stellung zu nehmen, zitiert er Stellen aus seinen Berichten an die letzten Verbandstage. Dort hat er stets ausgesprochen, daß er es als seine Aufgabe betrachte, auch politische Fragen zu erörtern, und besonders auf dem Verbandstag in Dresden 1914 haben eine ganze Reihe von Rednern ihrer Zufriedenheit mit der Haltung der Zeitung Ausdruck gegeben und betont, daß sie die Behandlung politischer Gegenstände in der „Holzarbeiter-Zeitung" als durchaus wünschenswert betrachten.

Die „Holzarbeiter-Zeitung" hat gegen den Ausbruch des Krieges leidenschaftlich protestiert, aber als er da war, da hat sie sich auf den Boden der Vaterlandsverteidigung gestellt. Sie wollte das Elend der Niederlage vom Vaterland fernhalten, weil unter deren Folgen die Arbeiter am schwersten zu leiden haben. Die internationale Gesinnung, zu der sich der Redner bekennt, ist nicht gleichbedeutend mit Feindschaft gegen das Vaterland. Das alte Deutschland, der Hort der Reaktion, das Paradies der Junker und Kapitalisten, ist von uns bekämpft worden. Aber nicht um das Land zu verderben, sondern um es für die Arbeiter wohnlich zu gestalten.

In den Artikeln über den Burgfrieden ist stets betont worden, daß die Arbeiter nichts von ihren Grundsätzen preisgeben, und immer wieder wurde gewarnt, dem Burgfrieden zu trauen. Hinsichtlich der Kriegsanleihe kann man auf viele, die sich über das Zeichnen entrüsten, das Wort anwenden: „Sie trinken heimlich Wein und predigen öffentlich Wasser." Die „Holzarbeiter-Zeitung" hat während des ganzen Krieges nur einen Artikel über den Gegenstand gebracht, von dem die Preßkommission sagte, daß er eine sachliche Würdigung der Bedeutung der Anleihe enthalte, ohne daß in ihm in überschwänglicher Form zur Zeichnung aufgefordert wird. Solche überschwängliche Reklame haben aber gerade sehr radikale Parteiorgane in ihrem redaktionellen Teil gebracht.

In Parteisachen hat sich die „Holzarbeiter-Zeitung" gegen den Disziplinbruch gewandt. Das ist ein Punkt, in welchem gerade die Gewerkschaften sehr empfindlich sein müssen. Die „Holzarbeiter-Zeitung" hat auch Disziplinwidrigkeiten, die auf der rechten Seite der Partei verübt wurden, kritisiert, und auf einem früheren Verbandstag ist das gutgeheißen worden. Die Parteispaltung ist das größte Unglück für die Arbeiterschaft, und alle Aeußerungen des Verbandsorgans verfolgen den Zweck, die Wiedervereinigung zu fördern. Der Artikel „Spartakusputsch und sozialistische Einigung" in Nr. 4 dieses Jahres, gegen den verschiedentlich Vorwürfe erhoben wurden, ist ebenfalls entsagt für den, der das freie Wahlrecht ablehnt, die Preßfreiheit verwirft und die Gewaltherrschaft einer Minderheit als erstrebenswertes Ziel betrachtet. Vom Standpunkt der Gewerkschaften müssen die spartakistischen Bestrebungen abgelehnt werden.

Auch die Stellungnahme gegen die wilden Streiks hat Mißfallen erregt. In dieser Hinsicht kann es aber zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen keine Meinungsverschiedenheit geben. Redner zitiert hierzu den Erlaß der preußischen Regierung vom 2. Januar 1919, der auch den unabhängigen Ministern Ströbel, Adolf Hoffmann Rosenfeld unterzeichnet ist. Er bezeichnet den Entrüstu sturm gegen die „Holzarbeiter-Zeitung" als einen Ausd der Hungerpsychose, gegen die sich mit Vernunftgrü schwer ankämpfen lasse.

Am Schluß seines Berichts sagt Kayser: Wenn Sie langen, daß das Verbandsorgan im Sinn der Kommun schen Partei hätte redigiert werden sollen, dann kann Urteil gegen den Redakteur scharf genug sein. Wenn aber von der „Holzarbeiter-Zeitung" erwarten, daß sie wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft und die ziellen Interessen der Holzarbeiter wahrnimmt, daß sie die Wahrung der Disziplin in der Arbeiterschaft, für Einheit und Einigkeit der Arbeiterklasse eintritt, d müssen Sie anerkennen, daß sie ihre Aufgabe erfüllt

Siegle (Berlin): An der gewerkschaftlichen Tätig des Vorstandes ist nichts auszusetzen, aber er hat eine litik unterstützt, die wir für verhängnisvoll und arbei schädigend halten. Die gewerkschaftliche Arbeit ist Systiph arbeit, wenn sie nicht von politischer Tätigkeit begleitet Nach dem Fall des Sozialistengesetzes nahmen die Gew schaften einen großen Aufschwung, aber der Geist wu nicht vertieft, die politische Schulung unterblieb. Man später die Gewerkschaftsschule eingerichtet, um die Sch einseitig zu unterrichten und sie dann auf die Arbeiter zulassen. In den Gewerkschaften wird die Demokratie Füßen getreten, die Mitglieder haben keinen Einfluß die Zusammensetzung der Vorstände. Man wollte desh schon im Jahre 1896 die Generalkommission beseitigen, Gewerkschaftskongreß ist aber über den Antrag zur Tag ordnung übergegangen. Im Jahre 1905 hat sich der werkschaftskongreß gegen den Massenstreik ausgesprochen, Resolution des Parteitags von 1906 über den Massenstr haben die Gewerkschaften nur zugestimmt, weil in ihr Zustimmung der Generalkommission zu einem Massenstr gefordert wird.

Beim Ausbruch des Krieges war es die erste Sorge Gewerkschaftsvorstände, das Vermögen der Verbände sichern. Sie haben sich mit der Regierung in Verbindu gesetzt, die sie vorher auf das schärfste bekämpft hatten. dem Beschluß, die Streiks aufzuheben, war der Burgfri erklärt. Damals hatten die Gewerkschaftsführer Angst die Kassen. Haben sie nicht gewußt, daß der Krieg vor Tür steht? Die Partei hat schon im Mai 1914 Vorkehru gen getroffen, ihr Geld in die Schweiz zu bringen, die G werkschaften verließen sich auf das Wohlwollen der Reg rung. Vor dem Krieg haben sie für das Streikrecht kämpft, beim Kriegsausbruch haben sie es preisgegeben u während des ganzen Krieges darauf verzichtet. Neuerdin hat Noske den Versuch gemacht, das Streikrecht aufzuhe Unser Verbandsvorstand aber lehnte den Antrag, Noske dem Verband auszuschließen, ab.

Die Gewerkschaftsführer haben dem Beschluß des Stu garter internationalen Kongresses zuwider gehandelt. We halb haben sie das Streikrecht aus der Hand gegeben u den Krieg unterstützt? Man sagt, es sei ein Verteidigung krieg gewesen. Die Hauptschuld am Krieg tragen aber deutschen Machthaber. Wenn behauptet wird, die Kriegspolitik sei nötig gewesen, um die Vernichtung der deutsch Volkswirtschaft zu verhüten, wäre es da nicht besser wesen, wir hätten die Niederlage schon vor drei Jahren erlebt, wo der Niederbruch nicht so schwer gewesen wäre w er jetzt ist?

Noch kurz vor dem Ausbruch der Revolution, als m die bevorstehende Wendung im Innern voraussah, hab die Gewerkschaftsführer nicht an eine Wendung gedacht. haben sie noch die Arbeitsgemeinschaft gegründet. Als Scharfmacher das Ende der Ausbeutung nahen sahen, wandten sie sich an die Gewerkschaftsführer und fanden hi Verständnis für ihre Wünsche. Die Gewerkschaftsführ haben die Revolution vertreten; sie denken nicht daran, d Kapitalismus abzuschaffen und den Sozialismus einzu führen.

Der Artikel „Spartakusputsch und sozialistische Einigung in der „Holzarbeiter-Zeitung" mußte draußen den Eindru erwecken, als seien die Berliner Arbeiter Räuber und Ve brecher. Damals standen auch unsere Kollegen im Stre Der Klassenkampf des Proletariats stützt sich auf Ideen, d Regierung hat sich auf Offiziere und Studenten gestützt, u diese Ideen zu bekämpfen. Der Spartakismus ist gleic bedeutend mit dem Bolschewismus, und dieser unterscheid sich nur in der Methode, nicht im Ziel vom Sozialismu Wie kann man da sagen, es sei notwendig gewesen, Offizie und Studenten zu bewaffnen zur Abwehr der drohende Gefahr? Die Gewerkschaftsführer haben keine Schuld, d sich das Proletariat der Fesseln des Militarismus entledig hat. Sie haben alles versucht, die Früchte der Revolutio zu vernichten. Sie haben während des ganzen Krieg eine arbeiterfeindliche Politik getrieben. Wir haben kei Ursache, das Vaterland der Reichen zu verteidigen. E wenn sich das Proletariat sein Vaterland geschaffen w wird es dieses auch verteidigen. Redner empfiehlt zu Schluß die von 45 Delegierten unterstützte Berliner Re lution zur Annahme. (Beifall.)

Es folgt der Bericht der Mandatprüfungsko mission. Ihrem Antrag entsprechend werden die Man date von 156 Delegierten bestätigt. Ein Wahlprotest ist nicht geprüft.

Zweiter Verhandlungstag (Dienstag).

Schleicher (Stuttgart), Berichterstatter der Be ratungskommission: Beweise für die gegen Vorstand u Redaktion erhobenen schweren Vorwürfe sind in den vo liegenden Anträgen nicht enthalten. Man braucht nicht allen Handlungen des Vorstandes einverstanden zu sein, u den Vorwurf, daß er die Interessen der Kollegen geschäd habe, als unbegründet zu erklären. Die erhobenen Beschimpfungen müssen zurückgewiesen werden. Siegles Re war die beste Rechtfertigung für den Vorstand. An der g werkschaftlichen Tätigkeit des Vorstands hatte auch er n auszusetzen. Redner bespricht die einzelnen Anträge. Gewerkschaftsbewegung hat mit der Politik sehr viel zu im Gegensatz zu der Behauptung im Antrag von Bremen Dabei wird in diesem Antrag das Bekenntnis zu einer b stimmten politischen Richtung als Voraussetzung für die

Kleidung eines Amts im Vorstand verlangt. Die Unduldsamkeit, die aus diesem Antrag spricht, gibt den Unternehmern die beste Begründung für die Maßregelung mißliebiger Arbeiter. In unserm Verband muß völlige politische Meinungsfreiheit herrschen. Die Arbeitsgemeinschaften müssen nicht nur bestehen bleiben, sie müssen sogar noch weiter ausgebaut werden. Der Vorstand verdient Anerkennung, der Verbandstag muß ihm sein Vertrauen aussprechen. Die Kommission empfiehlt die Resolution des Gautages Dresden zur Annahme, ebenso muß dem Antrag des Gautages München zugestimmt werden. Zu den Anträgen zur „Holzarbeiter-Zeitung" ist zu sagen, daß der Vorwurf der einseitigen Schreibweise unberechtigt ist. Gerade in dem Artikel „Spartakusputsch und sozialistische Einigung" hat der Redakteur den angegriffenen Gegner sehr nobel behandelt. Die Kommission empfiehlt die Annahme der folgenden Resolution:

Die Tätigkeit des Vorstandes und die Haltung der „Holzarbeiter-Zeitung" während der Dauer dieses furchtbaren Krieges kann nur beurteilt werden unter Berücksichtigung der während dieser Zeit vorhanden gewesenen Situation.

Der Verbandstag muß es sich versagen, in eine Prüfung aller Einzelfälle einzutreten. Er billigt die Mitarbeit an und die Anregung von Maßnahmen durch den Verbandsvorstand, die die Schäden des Krieges für die Arbeiterschaft mildern sollten.

Die Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft bedeutet die geradlinige Fortsetzung unserer in langen Jahren und gewaltigen Lohnkämpfen bewährten Vertragspolitik.

Der Verbandstag stellt daher fest, daß der Verbandsvorstand seine gewerkschaftliche Aufgabe während der schweren Kriegszeit in vollem Umfang erfüllt hat. Die Delegierten erklären sich mit seiner Tätigkeit einverstanden und setzen in ihn das Vertrauen, daß er den neuen und großen Aufgaben der Zukunft in gleicher Weise gerecht werden wird.

Die Haltung der „Holzarbeiter-Zeitung" entsprach durchaus den gewerkschaftlichen Grundsätzen und war diktiert von dem Bestreben, die geistigen und materiellen Interessen der Holzarbeiter zu fördern. Der Verbandstag billigt daher die Haltung der Redaktion.

Der Verbandstag bedauert die Zersplitterung der Arbeiterschaft und protestiert dagegen, parteipolitische Streitigkeiten innerhalb des Verbandes auszutragen, weil dadurch die Kampffähigkeit des Verbandes geschwächt werden muß.

Unter Hinweis auf unser gemeinsames sozialistisches Endziel, das die Arbeiterschaft einigen sollte, und der großen Aufgaben, die uns bevorstehen, verlangt der Verbandstag politische Duldsamkeit innerhalb des Verbandes und fordert alle Holzarbeiter auf, für eine Einigung der Arbeiterschaft zu wirken, da nur so die Erreichung unseres großen Ziels möglich ist.

Ein Antrag, die Rednerliste so zu führen, daß abwechselnd ein Redner der Mehrheit und einer der Minderheit zum Wort kommt, wird abgelehnt.

Winkler (Leipzig) will die Erfolge des Verbandes nicht verkleinern. Aber der Vorstand hat die Durchhaltepolitik kräftig gefördert. Das Verhältnis zwischen den Ausgaben für Unterstützungen und für Streiks läßt es doch zweifelhaft erscheinen, ob der Verband noch eine Kampforganisation ist. Das Entgegenkommen der Regierung während des Krieges war die Gegenleistung für die Unterstützung, die ihr von den Gewerkschaften gewährt wurde. Hat der „Volksbund" einen Einfluß bei den Friedensschlüssen im Osten geltend zu machen gesucht? Er hat im Gegenteil die Bestrebungen der Militaristen unterstützt. Gerade die gefährlichen Scharfmacher gehörten dem Volksbund an. Die „Holzarbeiter-Zeitung" hat schon im Jahre 1914 ausgesprochen, daß während des Krieges die inneren Gegensätze ruhen und die Gewerkschaften gemeinsam mit Unternehmern wirken müssen.

Kellermann (Stuttgart): Auch ich habe eine Einladung zu der Vorkonferenz erhalten, welche die Unabhängigen an einzelne Delegierte versandt haben. Ich stehe nicht auf dem Boden der Opposition, deren Argumenten kann ich mich nicht anschließen; sie sind von einer auffallenden Dürftigkeit. Selbst wenn man in den Augusttagen 1914 zum Widerstand gegen den Krieg aufgerufen hätte, wäre ein solcher Aufruf bei den Arbeitern völlig verpufft. Den Beitritt zum Volksbund hätte man sich vielleicht ersparen können, aber die Absichten, von welchen sich die Generalkommission und die Gewerkschaftsvorstände bei ihrer Kriegspolitik leiten ließen, waren durchaus gut. Wir dürfen unsere Verbandseinrichtungen nicht vom unabhängigen oder spartakistischen Standpunkt aus betrachten. Deshalb sind die Anträge von Berlin, Leipzig usw. abzulehnen. Die Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung" ist so geführt worden, wie wir es wünschen müssen.

Schlüter (Bremerhaven): Der Vortrag von Siegle hat enttäuscht. Seine Ausführungen haben es dem Vorstand sehr leicht gemacht, sich zu verteidigen. Wir sind nicht mit der gesamten Tätigkeit des Vorstandes während des Krieges einverstanden, aber wir sagen nicht, daß seine Gründe nichtig seien. Wir müssen die Parteigegensätze hier aus dem Spiel lassen. Mit radikalen Redensarten allein ist es nicht getan. Manche radikale Kollegen haben sich bei der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen recht feige benommen. Ich protestiere dagegen, daß man Kollegen, die sich nicht zur U. S. P. bekennen, für unwürdig erklärt. Jene jetzt verfehmten Kollegen haben manchmal ihre Existenz aufs Spiel gesetzt im Interesse der Kollegenschaft. Hätte man das, was Roske auf dem Parteitag enthüllt hat, vorher gewußt, dann hätte der Turnertag, an dem Redner teilgenommen hat, anders über die Roskegarden geurteilt, wie es geschehen ist. Die Absetzung des Redakteurs wird nur deshalb verlangt, weil er Mehrheitssozialist ist. In unserm Verband muß politische Meinungsfreiheit herrschen. Den Werftarbeitern sollte in der „Holzarbeiter-Zeitung" mehr Rechnung getragen werden.

Tornau (Frankfurt a. M.): Die großspurigen Anträge gegen den Vorstand sind so schwach begründet worden, daß man den Eindruck gewinnt, als würde mit Kanonen nach Spatzen geschossen. Es werden Anklagen gegen die Mehrheitspartei erhoben, und den Gewerkschaften wird der Vorwurf gemacht, daß sie deren Politik nicht bekämpft haben. Ich war anderer Meinung als die Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung", aber ich habe nicht verlangt, daß der Redakteur anders schreiben soll. Heute ist es sehr leicht, Kritik zu üben, aber ich weiß, daß heute sehr viele sich recht radikal gebärden, die vor dem Krieg gelb und für die Organisation nicht zu gewinnen waren. Die Opposition in den Gewerkschaften entspricht den Vereinbarungen auf dem Parteitag der U. S. P. Die neuen Führer, die an die Stelle der Gemaßregelten treten, müssen auch mit Wasser kochen. In Berlin hat man ja schon Erfahrungen in der Hinsicht gemacht. Der Vorstand hat richtig gehandelt, die Generalstreiks nicht zu unterstützen. Es muß ausgesprochen werden, daß uns das Hilfsdienstgesetz auch Vorteile gebracht hat. Wir müssen anerkennen, daß die Vorstände bemüht waren, es zu verbessern.

Wendt (Köln): Die Außerkraftsetzung des Statuts bei Ausbruch des Krieges war ein Fehler des Vorstandes. Er hätte dazu eine Vertreterkonferenz einberufen sollen. Auch die Aufhebung des Streikrechts war nicht berechtigt. Aber es hat sich auch keiner gemeldet, der sagen konnte, daß durch diesen Beschluß ein aussichtsreicher Streik abgebrochen werden mußte. Ein Fehler war die Aufhebung des Sterbegeldes für die Hinterbliebenen der gefallenen Kollegen. Die Kriegspolitik des Verbandes im ganzen hat mir nicht gefallen. Deutschland war der Weltkoalition der Gegner von vornherein nicht gewachsen. Man hätte deshalb alles tun müssen, den Krieg abzukürzen. Es war bedenklich, daß Schriften von Gewerkschaftsführern durch militärische Stellen verbreitet wurden. Mit der Kriegspolitik der Mehrheitspartei, der ich angehöre, bin auch ich nicht einverstanden, aber Schuld daran trägt besonders der Austritt der Unabhängigen. Der Vortrag von Siegle hat der Opposition selbst das Wasser abgegraben. Das waren Phrasen, die bei denkenden Arbeitern keinen Eindruck machen können. Die Gegnerschaft gegen die Arbeitsgemeinschaft ist inkonsequent und ganz unverständlich.

Ulinski (Berlin): Wir haben den Trennungsstrich zwischen unsern Gewerkschaften und denen anderer Richtung immer sehr scharf gezogen. Wir hätten erwarten dürfen, daß die „Holzarbeiter-Zeitung" nicht in Hurrapatriotismus gemacht hätte. Vorstand und Zeitung haben alles getan, um den Krieg zu unterstützen. Ich war von vornherein gegen das verbrecherische Morden. Ich hätte meinen Sohn nicht als Freiwilligen in den Krieg geschickt. Wenn die Führer so handeln, was soll man dann von den Massen erwarten? Die Maßnahmen des Vorstandes zu Beginn des Krieges waren nicht begründet. Ich freue mich der erzielten Erfolge, deren man sich rühmt, nicht. Das Lob, daß die Gewerkschaften von Ministern geerntet haben, erscheint mir sehr bedenklich. Es ist eine Anerkennung für die Durchhaltepolitik. In der Tat hat ja auch der Vorstand alles getan, um das Durchhalten zu fördern. Dieses verbrecherische Durchhalten widerstrebt meinem inneren Empfinden.

Klein (Hamburg): Wir sollten nicht das Trennende betonen. Wichtiger als der Rückblick auf die Vergangenheit ist der Ausblick in die Zukunft. Wir müssen alles vermeiden, daß das Beispiel der Parteispaltung in unserm Verband Nachahmung findet. Der Generalkommission muß man für ihre Kriegspolitik mildernde Umstände zubilligen. Hoffen wir, daß wir aus dem Chaos eine bessere Welt aufbauen. Am Vorstand habe ich zu tadeln, daß beim Kriegsausbruch das Statut aufgehoben wurde. Von den neuzeitlichen Verbindungen mit den Unternehmern, von der Arbeitskammer, die nicht leben und nicht sterben kann, versprechen ich mir nicht viel. Von dem Redakteur muß man erwarten, daß er auch die Anschauungen des Gegners achtet. Hätte der Vorstand auch stillgeschwiegen, wenn der Redakteur unabhängige oder kommunistische Politik getrieben hätte? Wir müssen suchen uns zurechtzufinden. Wir müssen wieder zusammenkommen, weil wir uns gegenseitig brauchen.

Neumann (Verbandsvorstand): An dem politischen Zank und Streit beteilige ich mich nicht. Wir haben als Vorstand nicht den Auftrag bekommen, uns in irgend einer Richtung politisch zu betätigen. Bei Ausbruch des Krieges war der Vorstand völlig isoliert. Aus dem Lande ist uns keinerlei Ratschlag zugegangen. Wir haben im Vorstand beraten, was zu tun ist. Während des Krieges hat es im Vorstand keine größere Meinungsverschiedenheit gegeben als vorher. Zu den Beschlüssen bei Kriegsausbruch hätten wir gern eine Konferenz einberufen, wenn es nur möglich gewesen wäre. Wenn man das Gefühl hat, seine Schuldigkeit getan zu haben, dann ist es empörend, sich in den Anträgen sagen lassen zu müssen, daß wir arbeiterschädigend gewirkt haben. Die Berliner Kollegen protestieren so entschieden gegen die Arbeitsgemeinschaften. In den Jahrbüchern sind die Grundlagen unserer Arbeitsgemeinschaft mit dem Schutzverband niedergelegt. Die vereinbarten Richtlinien enthalten unsere Forderungen, zu deren Anerkennung wir die Arbeitgeber herangezogen haben. Wer will darin einen Verstoß gegen unsere Verbandspflichten erblicken? Ueber diesen ganzen Komplex von Fragen ist schriftlich und mündlich berichtet worden. Nie sind Einwendungen erhoben worden. Wir haben es als bedauerlich empfunden, daß uns in Berlin die persönliche Fühlung mit den Kollegen nicht möglich war. Erst als die Opposition das Feld beherrschte, wurde Leipart einmal eingeladen, um der Masse Gelegenheit zu geben, dem Vorsitzenden Mores zu lehren. Die Arbeitsgemeinschaft im Holzgewerbe hätte in höherem Maße vorbildlich sein müssen. An der Anerkennung der Vertreter der herrschenden Klasse war uns wenig gelegen. Wir waren aber bemüht, daraus praktische Erfolge für die Arbeiter zu erlangen. Auch wir haben manche Tätigkeit der leitenden Männer in der Generalkommission mit Kopfschütteln betrachtet. Aber eine Gefahr für die Gewerkschaften können wir darin nicht erblicken. Die große Arbeitsgemeinschaft war schon lange vor der Revolution in die Wege geleitet, sie war keineswegs eine Folge der Revolution. Wer ihren Inhalt als Verbrechen betrachtet, hat von den gewerkschaftlichen Aufgaben kein rechtes Verständnis.

Wegen Eintritts der Mittagspause bricht der Redner ab. In der

Nachmittagssitzung

wird zunächst ein Protestschreiben einer Anzahl Berliner Kollegen gegen den Terrorismus der Unabhängigen und der Kommunisten verlesen.

Neumann setzt seine Ausführungen fort: Noch vor Einführung des Hilfsdienstgesetzes war die Freizügigkeit aufgehoben durch einen Erlaß der Feldzeugmeisterei, gegen den unser Verbandsvorstand energisch protestiert hat. Das Ergebnis dieser Proteste war die Einrichtung des Schlichtungsausschusses für die Metallindustrie in Groß-Berlin. Das Hilfsdienstgesetz war eine Ausdehnung dieser Einrichtung auf das ganze Reich, die wir, zunächst ohne Erfolg, gefordert hatten. Wendt ist im Irrtum, wenn er meint, der Vorstand habe das Streikrecht aufgegeben. Ein solcher Beschluß wurde nicht gefaßt, sondern die schwebenden Streiks wurden aufgehoben, und kein einziger streikender Kollege hat sich deshalb beschwert, weil es jeder als ganz selbstverständlich betrachtete. Aber schon im Herbst 1914 ist es wieder zu Streiks gekommen, die vom Vorstand unterstützt wurden. Zwar haben wir in der Zeitung kein Wesens von den Streiks gemacht, aber wir haben sie durchgeführt. Nicht die Mehrheit der Verbandsmitglieder treibt einen Vernichtungskampf gegen die Minderheit. Umgekehrt ist es richtig. Wo die Opposition die Macht hat, da nimmt sie rücksichtslos Maßreglungen vor. Solch ein Kampf vergiftet die Gegensätze. Wer seine Pflicht im Verband getan hat, ist gleichberechtigt, und wer trotzdem gemaßregelt wird, muß vom Verband geschützt werden. Wir müssen gegenseitig duldsam sein und uns verstehen lernen. Ueben wir Solidarität!

Tempel (Dresden) polemisiert gegen die politischen Ausführungen Siegles. Die Arbeiter, die sich im Jahre 1914 hurrapatriotisch betätigt haben, waren gewiß nicht organisierte Arbeiter, aber viele von ihnen gebärden sich heute sehr radikal. Die Arbeiter hatten ein lebhaftes Interesse an der Landesverteidigung. Die gewerkschaftliche Tätigkeit des Vorstandes wird allseitig anerkannt. Die Opposition will aber den Funktionären des Verbandes ihre politische Ueberzeugung aufdrängen; das muß scharf zurückgewiesen werden. Es ist eine leere Phrase, wenn behauptet wird, der Verband habe seine Eigenschaft als Klassenkampforganisation aufgegeben. Der Resolution der Kommission sollte zugestimmt werden. Wir müssen uns verständigen zur Erreichung des gemeinsamen Zieles.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Gericke (Leipzig): Ich bin der Vertreter von etwa 20 gemaßregelten Verbandsangestellten. Gegen mich ist der Vorwurf erhoben worden von Berliner Kollegen, daß ich eine kompromittierte Person sei. Gerade die Berliner Kollegen hätten einen solchen Vorwurf nicht erheben dürfen. Die Maßreglungen in Leipzig haben in der Arbeiterbewegung keinen Vorgang. In jahrzehntelanger Arbeit wurde die Zahlstelle Leipzig von den Kollegen aufgebaut, die jetzt ihrer politischen Anschauungen wegen gemaßregelt wurden. Darunter auch der alte Kollege Ehrlich, der seit dem Jahre 1899 Kassierer der Zahlstelle war. Auch solche, die erst jetzt aus dem Felde zurückgekehrt sind, wurden gemaßregelt. Nicht die geringste Verfehlung wurde den Gemaßregelten nachgewiesen. Winkler hat sich dabei besonders radikal gebärdet; bei seiner Bewerbung in einer andern Zahlstelle hat er aber betont, daß er auf dem rechten Flügel der U.S.P. stehe. Es ist in der Tat ein Kampf um die Futterkrippe, der von denen geführt wird, welche die alten Angestellten verdrängen. Es wurde offen ausgesprochen, daß in Leipzig kein Mehrheitssozialist Angestellter in einer Gewerkschaft sein darf. Hoffentlich fallen die hier geführten Verhandlungen auch bei den Kollegen in Leipzig auf guten Boden.

Leipart erhebt Einspruch gegen die Verteilung eines gedruckten Briefes mit Anklagen gegen den Kollegen Dammer, ohne daß der Leitung des Verbandstages davon Kenntnis gegeben wurde. Gestern wurde beschlossen, die Angelegenheit in der Beschwerdekommission zu prüfen. Nachdem diese Angelegenheit durch den Brief in die Oeffentlichkeit gebracht ist, muß ich auch den Brief verlesen, den Dammer an den Vorstand gerichtet hat als Antwort auf die vor einiger Zeit bereits von der neuen Verwaltung in Bremen erhobenen Vorwürfe. — Es wird beschlossen, diesen Brief zu drucken.

Bromme (Lübeck): Diese Debatte ist wenig ersprießlich. Die politischen Anschauungen der Mitglieder sollten in den Gewerkschaften nicht in Betracht kommen. Der Vorstand hat seine Pflicht im vollen Umfang getan. Das beweist schon die Tatsache, daß wir bis zum Ausbruch der Revolution mit den Löhnen an der Spitze marschierten. Was soll der Antrag auf Ausschluß Noskes bedeuten? Noske ist nicht hier, um sich zu verteidigen. Er hat sich in anerkennenswerter Weise dem deutschen Volke zur Verfügung gestellt, um seinen Namen nun durch die Gosse geschleift zu sehen. Die Spartakisten mit ihren Putschen sind die eigentlichen Urheber der Freiwilligenformationen. Die Verhandlungen, die Barth mit ihnen geführt hat, lassen doch darauf schließen, daß man sie bei der U.S.P. auch anders beurteilt. Also etwas mehr Toleranz! Der Antrag auf Schaffung einer Einheitsorganisation ist zum mindesten verfrüht. Der Sozialismus läßt sich nicht von heute auf morgen verwirklichen. Deshalb müssen wir die Resolution Siegle ablehnen.

Ein Antrag, die Redezeit auf zehn Minuten zu beschränken, wird angenommen.

Blecke (Hamburg): Wesentliche Monitas gegen den Vorstand sind nicht erhoben worden. Wichtig ist es, daß wir uns mit der Zukunft beschäftigen. Die Arbeitsgemeinschaft ist eine logische Folge unserer Vertragspolitik. Der Hauptstreitpunkt, der uns hier beschäftigt, ist die Stellung des Vorstandes zum Kriege. Vor Leuten, die die Vaterlandsverteidigung von Beginn des Kriegs an grundsätzlich bekämpft haben, kann man Achtung haben. Wenn man aber, wie es Siegle getan hat, eine Zeitlang die Vaterlandsverteidigung unterstützt hat und nun die gleiche Haltung bei andern als schwerstes Verbrechen hinstellt, dann habe ich dafür kein Verständnis.

Herbert (Leipzig): Bei den Maßreglungen in Leipzig muß man berücksichtigen, daß wir als U.S.P. die Partei nicht verlassen haben. Unsere alte Parteiorganisation be-

steht noch. Die Führer der Gewerkschaften haben sich abgesondert und eine neue Organisation gebildet. Das haben sich die Leipziger Arbeiter von ihren Führern nicht gefallen lassen. Bei der Werbung für die von den Unternehmern ausgehaltenen Presse war Ehrlich der Hauptagitator.

Scholz (Dresden): Unter den Parteistreitigkeiten leidet die Agitationsmöglichkeit in den Zahlstellen. Bei der Mehrheit ist der Wille zur Verständigung stets vorhanden. Wir haben in Dresden selbst vorgeschlagen, in der unabhängigen Presse zu inserieren; in Berlin wurde dagegen beschlossen, im „Vorwärts" nicht zu inserieren. Der Vorstand hat die Interessen der Kollegen wirksam vertreten.

Wittig (Leipzig): Unsere Zahlstelle hat Vertreter aller drei Parteien zum Verbandstag geschickt. Wir sind also tolerant. Wir haben unsern Beamten nicht gekündigt; sie behalten ihr Amt, weil der Kündigungstermin verstrichen war, bis zum 1. Oktober. Nach unserer Auffassung können wir nur Angestellte brauchen, die das Vertrauen der Kollegen besitzen. Wir müssen alle den festen Willen haben, die Sache der Gesamtheit zu fördern.

Für die Mandatprüfungskommission berichtet

Hölscher (Vegesack) über die beanstandete Wahl des Kollegen Horn (Elberfeld). Seinem Vorschlag entsprechend wird das Mandat für gültig erklärt.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Dritter Verhandlungstag (Mittwoch).

Die Diskussion wird fortgesetzt.

Wimmer (München): Bei der Spaltung der Arbeiterbewegung ist es für den Vorstand sehr schwer, die Wünsche der Kollegenschaft zu befriedigen. Auch in München gibt es Kollegen, die glauben, durch schleunigen Umsturz eine Besserung der Verhältnisse herbeiführen zu können. Soll man den politischen Meinungsstreit in den Gewerkschaften propagieren? Das kann zu keinem guten Ende führen. Wir müssen verständig zusammenarbeiten, um unsere wirtschaftlichen Interessen zu wahren.

Horn (Berlin): Wir befinden uns noch unter dem Belagerungszustand, und daß er noch aufrechterhalten wird, daran tragen die Gewerkschaftsvorstände die Schuld, die es abgelehnt haben, seine Abschaffung zu fordern. Die Arbeitsgemeinschaft wurde von den Scharfmachern gesucht, um die Industrie vor der Sozialisierung zu schützen. Von positiven Erfolgen der Arbeitsgemeinschaft haben wir noch nichts gehört. Der Spott und Hohn der Betriebsratsverordnung ist eine Frucht der Arbeitsgemeinschaft. Der Redakteur hat erklärt, daß er auf dem Boden der Vaterlandspartei stehe. Die Durchhaltepolitik der Gewerkschaftsführer ist nicht zu billigen. Sie waren Marodeure der Arbeiterbewegung.

Swinkowski (Beisitzer im Verbandsvorstand): Die jetzt erhobene Anklage trifft auch mich. Soweit ich an den Beschlüssen des Vorstandes mitgewirkt habe — ich war von September des Jahres 1914 an im Felde —, bin ich mit verantwortlich. Die Aufhebung der Statuten und der Streiks bei Beginn des Krieges war ganz unvermeidlich. Es gibt Situationen, in denen das Unmögliche möglich gemacht werden muß. Politisch stehe ich auf ganz anderem Standpunkt wie Leipart, aber vor seiner Ehrenhaftigkeit habe ich stets die höchste Achtung besessen. Die Mahnung zur Toleranz möchte ich auch nach der andern Seite gerichtet wissen. Aus Berichten der Gauvorsteher war zu entnehmen, daß sie die Fernstehenden Kollegen leicht abtun zu können glaubten. Als unsere alten Angestellten gewählt wurden, standen sie an der Spitze der revolutionären Bewegung. Die in den Massen vorhandenen revolutionären Ideen müssen wir erkennen und verstehen. Schon vor dem Krieg hatten wir verschiedene politische Richtungen in der Organisation. Nachdem die Parteispaltung eingetreten ist, müssen wir versuchen, uns mit den Tatsachen abzufinden. Die Zukunft wird der äußersten Linken gehören, weil sie auf dem Boden des Klassenkampfes steht. Im Vorstand haben wir nach der politischen Stellung bei Anstellungen nie gefragt, nur die Tüchtigkeit ist für uns maßgebend. Deshalb ist auch Kollege Dammer einstimmig gewählt worden. Für die Dinge in Leipzig bin ich nicht verantwortlich. Ich war von jeher Gegner der Tarifpolitik. Aber die Kollegen haben diese Politik schon vor dem Krieg gebilligt. Wir waren dazu gezwungen, und sie wurde auch von recht radikalen Kollegen gutgeheißen. Trotz der drei Richtungen im Verband müssen wir zusammenarbeiten. Der Redakteur kann nicht allen drei Richtungen dienen, deshalb müssen wir politische Toleranz üben. Die Putsche in Berlin habe ich entschieden verurteilt, auch die Spitzel haben dabei eine große Rolle gespielt. Die Politik, die wir nach dem 9. November im Vorstand gemacht haben, habe ich nicht gebilligt. Ich glaube an die kommende Weltrevolution. Unsere Arbeit muß darauf gerichtet sein, die Arbeiterschaft hierfür reif zu machen. Wir müssen erkennen, was ist und danach handeln.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Als Korreferent erhält das Schlußwort

Siegle (Berlin): Die Revolution ist an der Mehrzahl der Redner spurlos vorübergegangen. Die meisten Redner haben an der Tätigkeit des Vorstandes nichts auszusetzen gefunden. Der Vorstand hätte selbst Kritik wünschen müssen. Kein Redner hat meine Vorwürfe widerlegt. Die Gewerkschaftsführer und unser Vorstand haben die Arbeiter zum Durchhalten aufgefordert. Es ist erwiesen, daß Deutschland an dem Ausbruch des Krieges schuld war. Mit meiner Anerkennung der Tätigkeit des Vorstandes soll nicht gesagt sein, daß ich alle seine Handlungen billige. Die Anerkennung der gewerkschaftlichen Tätigkeit beweist, daß wir nicht niederreißen wollen. Aber die gewerkschaftliche Tätigkeit läßt sich von der politischen nicht trennen. Die kleinen gewerkschaftlichen Vorteile nützen uns nichts, wenn sie uns durch politische Maßnahmen genommen werden. Wir verurteilen die politische Haltung des Vorstandes, wir sehen darin einen Hemmschuh für die Arbeiterbewegung. Bei Lohnbewegungen entwickelt Leipart eine hervorragende Tätigkeit. Das konnte aber auch jeder machen, der dafür bezahlt wird, auch wenn er auf anderem politischen Standpunkt steht. Den Krieg konnten wir nicht verhindern, aber die leitenden Personen hätten die Arbeiter darüber aufklären müssen, daß es sich um einen imperialistischen Krieg handle. Statt dessen wurde ihnen vorgemacht, daß wir einen Verteidigungskrieg führen. Die Anregung zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft ging von den Scharfmachern aus. Wer hat Leipart beauftragt, sich an diesen Verhandlungen zu beteiligen? Die „Holzarbeiter-Zeitung" hat die Herausgabe der Sozialdemokratischen Gewerkschaftsbücherei durch die „Leipziger Volkszeitung" bekämpft, aber gegen die „Sozialdemokratische Feldpost" hat sie nichts gesagt. Die Arbeiterschaft hat alles Interesse daran, die Gewerkschaften auf den Boden des Klassenkampfes zurückzuführen. Deshalb müssen sie sich geeignete Führer wählen.

Kayser (Schlußwort): Dem Wunsch, Artikel für die Schiffszimmerer zu bringen, ist die Redaktion gern bereit zu folgen, die Kollegen sollen nur Material einsenden. Redner wendet sich dagegen, daß einzelne Stellen aus der „Holzarbeiter-Zeitung" unrichtig zitiert wurden. Bei der Beurteilung von Vorgängen aus früherer Zeit und bei der Kritik älterer Aufsätze in der Zeitung muß man sich in die damaligen Verhältnisse zurückversetzen, sonst erhält man ein falsches Bild. Der Rat, auch den Gegner zu achten, muß besonders an die Adresse der oppositionellen Elemente gerichtet werden, zumal in den Städten, in denen sie die Mehrheit in den Versammlungen bilden. Den andern Kollegen an diesen Orten aber muß geraten werden, ihre Bescheidenheit abzulegen. Solche unangebrachte Bescheidenheit läßt die Opposition erstarken und verführt sie zu Gewaltstreichen. Die Kollegen mögen sich durch das Toben und unkollegiale Verhalten der Opposition nicht verführen lassen, den Versammlungen fernzubleiben. Durch ruhiges aber energisches Auftreten werden auch radiate Schreier zur Ruhe gebracht. Sachliche Meinungsverschiedenheiten müssen sachlich ausgefochten werden. Das war bisher auch der Grundsatz der Redaktion. Die Behauptung, daß bei einzelnen polemischen Aufsätzen ein zu scharfer Ton angeschlagen wurde, wird für den Redakteur Anlaß zu noch schärferer Selbstprüfung sein. Noch mehr als seither werde ich zu vermeiden trachten, parteipolitisch zu polemisieren. Mein aufrichtiges Streben ist darauf gerichtet, die Einigkeit, die Wiedervereinigung des Proletariats zu fördern; ich will alles tun, daß dieses Ziel erreicht werde.

Leipart (Schlußwort): In der dreitägigen Debatte wurde viel über den Krieg gesprochen, aber keiner hat ein Wort gefunden über den Frieden, den wir bis Sonnabend haben sollen. Trotz der Einstellung des Krieges waren eine Reihe der Delegierten aus den besetzten Gebieten verhindert, hier zu erscheinen. Ihnen bringen wir unsern Gruß. Die Kollegen aus dem Osten sehen wir vielleicht zum letztenmal unter uns. Sie fragen uns um Rat in ihrer Not. Es ist uns Bedürfnis, unsern Abscheu auszudrücken gegen die Vergewaltigung unserer Brüder, die zu uns gehören wollen. Die deutschen Gewerkschaften hoffen Mittel und Wege zu finden, ihnen zu helfen, wenn das Unerhörte geschehen sollte. Ich vertrete mit voller Ueberzeugung die Handlungen der Generalkommission. Siegle hat meine Geschicklichkeit bei Verhandlungen anerkannt, aber hinzugefügt, daß das jeder Bürgerliche auch könnte. Das ist nicht richtig. Wer nicht selbst Proletarier ist und als solcher fühlt, wird nie die Opfer auf sich nehmen können, die von einem Verbandsangestellten verlangt werden. Bei den politischen Auseinandersetzungen handelt es sich um den alten Meinungsstreit in der Arbeiterbewegung. Die Opposition ist stets im Vorstand vertreten gewesen. Daraus geht hervor, daß dessen Beschlüsse nicht gefaßt wurden ohne Berücksichtigung der Argumente der Opposition. Für den Streikerlaß und den Schießerlaß Noskes sind die Gewerkschaften nicht verantwortlich. Es ist gesagt worden, die paar Pfennige Lohnerhöhung hätten keinen Wert, wenn wir nicht die politische Macht erobert haben. Das ist ein Gedanke, der nicht neu ist. Das ist die alte Auffassung, die in den Gewerkschaften nur ein notwendiges Uebel sieht. Aber die Gewerkschaftsbewegung hat erst der Arbeiterschaft zur Macht verholfen. Es ist richtig, daß bei der Gründung der Arbeitsgemeinschaft die Mitglieder nicht gefragt worden sind. Die vorherige Befragung der Mitglieder bei allen Beschlüssen der Vorstände ist aber auch gar nicht möglich. Zum Beweis, daß die Vorstände die Arbeiter verraten haben, wurde die Broschüre des Dr. Reichert zitiert. Wenn man das Lob des Gegners verdächtig findet, dann soll man sich auch nicht auf den Vortrag des Unternehmersekretärs berufen, der gehalten wurde, um den Unternehmern die Arbeitsgemeinschaft schmackhaft zu machen. Ich habe im Auftrag der Generalkommission sehr kräftig an dem Abkommen vom 15. November 1918 mitgewirkt, die Vorarbeiten sind aber schon viel früher in Angriff genommen worden. Die Aufhebung der Streiks bei Kriegsausbruch soll nach Siegles Auffassung ein Verstoß gegen den Beschluß des internationalen Kongresses in Stuttgart sein. Er meint, der Generalstreik hätte proklamiert werden sollen. Auf allen internationalen Kongressen haben die deutschen Delegierten den Generalstreik als Mittel gegen den Krieg abgelehnt. Der Berichterstatter der Kommission hat erklärt, daß er nicht mit allen Handlungen des Vorstandes einverstanden war, er hat aber keine konkreten Tatsachen erwähnt. Nur meinen Bericht von der Reise an die Front. Der Zweck dieses Berichts war, den Familien der Kriegsteilnehmer ein Wort der Beruhigung zu sagen. Die Maßregelungen von Funktionären bedauert der Vorstand. Er hat die Bereitwilligkeit ausgesprochen, die Gemaßregelten bei Besetzung von Stellen zu berücksichtigen. Im Verband darf nach politischer oder religiöser Ueberzeugung der Mitglieder nicht gefragt werden. Wenn man es in Berlin den gekündigten Angestellten frei stellt, sich wieder zu bewerben, so kann der Verbandstag das nicht als richtig anerkennen. Dieses Verhalten unterscheidet sich wenig von einer Maßregelung. Trotz der Länge der Diskussion kann gesagt werden: Noch auf keinem Verbandstag ist der Vorstand so glimpflich davongekommen wie hier, noch nie ist seine Tätigkeit so wenig kritisiert worden.

Es tritt die Mittagspause ein. In der Nachmittagssitzung folgen einige persönliche Bemerkungen. Dann wird zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge geschritten.

Die Abstimmung über die Resolution der Kommission, die eine Vertrauenskundgebung für den Vorstand und die Redaktion enthält, ist namentlich. Sie wird mit 97 gegen 51 Stimmen angenommen. Auch über den abgeänderten Berliner Antrag (Resolution Siegle) wird namentlich abgestimmt. Er wird mit 106 gegen 48 Stimmen abgelehnt. Die Anträge des Gautages Dresden und des Gautages München werden mit großer Mehrheit angenommen.

Zur „Holzarbeiter-Zeitung" wird ein Antrag des Gautages Erfurt angenommen, der verlangt, daß sich das Verbandsorgan mehr der revolutionären Bewegung anschließen soll. Diesen Antrag hatte der Redakteur in seinem Bericht unter der Zustimmung des Verbandstages eine Interpretation gegeben, indem er ausführte: „Im Fall der Annahme würde dieser Antrag so zu verstehen sein, daß die „Holzarbeiter-Zeitung" noch mehr als seither für die Einigkeit der Arbeiterbewegung wirken und die Versuche, die Gewaltherrschaft einer Minderheit zu errichten, bekämpfen soll, denn dadurch werden die Errungenschaften der Revolution am schwersten bedroht." Der Antrag des Gautages Hamburg, auch Aufsätze für die Schiffszimmerer zu bringen, wurde gleichfalls angenommen. Mit großer Mehrheit erfolgte die Annahme der folgenden

Resolution:

Der Verbandstag verurteilt entschieden das Vorgehen eines Teils der Verbandskollegen in den verschiedenen Zahlstellen unserer Organisation gegen deren angestellte Verbandsfunktionäre. Dieses Vorgehen widerspricht den Grundsätzen der freien Meinungsäußerung in hohnsprechender Weise und hatte die Maßregelung einer Anzahl bewährter Verbandsfunktionäre zur Folge.

Mit diesem Vorgehen wird die brutalste Unterdrückung vergangener Zeiten gegenüber der freien Meinungsäußerung wieder eingeführt von denselben Kreisen, die politische Unterdrückungen früher selbst bekämpften. Nicht nach abweichender politischer Anschauung, sondern nach ihrer Hochhaltung gewerkschaftlicher Grundsätze und nach ihren Leistungen ist die Tätigkeit der besoldeten Funktionäre zu beurteilen.

Das politische oder religiöse Bekenntnis eines Mitgliedes darf nicht dafür entscheidend sein, ihm die Betätigung innerhalb des Verbandes oder die Ausübung von Vertrauensstellungen unmöglich zu machen. Beschlüsse solcher Art sind mit dem Grundsatz gleicher Rechte und gleicher Pflichten aller Verbandsmitglieder nicht vereinbar.

Damit sind die zum Vorstandsbericht und zur „Holzarbeiter-Zeitung" gestellten Anträge erledigt. Es folgt der

Kassenbericht.

König verweist auf den gedruckten Bericht, den er in einigen Punkten erläutert. Er bespricht die während des Krieges unternommenen finanztechnischen Maßnahmen des Vorstandes, wie die Streckung der Arbeitslosenunterstützung zu Beginn des Krieges und die Verteilung der sog. Kriegskosten des Verbandes auf die Hauptkasse und die Lokalkassen.

Als Berichterstatter der Revisionskommission erklärt

Rehfeldt (Mannheim), daß Bücher und Kasse in Ordnung befunden wurden. Er beantragt, dem Kassierer Entlastung zu erteilen. Die Kommission hat festgestellt, daß der Vorstand Kriegsanleihe nicht gezeichnet hat.

Für die vorbereitende Kommission berichtet

Schleicher (Stuttgart): Es wird empfohlen, den Antrag, der die Rückerstattung der von den Lokalkassen der Verbandskasse bei Ausbruch des Krieges zur Verfügung gestellten Gelder verlangt, abzulehnen und es bei den Beschlüssen der Städtekonferenz zu belassen. Den Zahlstellen, die ihre Verpflichtungen in dieser Hinsicht erfüllt haben, soll das am 1. Januar 1918 vorhandene Lokalvermögen verbleiben. Ein Antrag Köln, der verlangt, der Hauptkasse geliehene 14 000 Mk. an die Lokalkasse zurückzuerstatten, wird von der Kommission zur Ablehnung empfohlen.

An der Diskussion beteiligen sich die Kollegen Braumüller (Bremen), Wimmer (München) und Wendler (Köln). Der Verbandstag beschließt im Sinn der Kommissionsanträge.

Der Vertreter des Ausschusses verzichtet aufs Wort und verweist auf den schriftlichen Bericht.

Dem Kassierer und dem Gesamtvorstand wird Entlastung erteilt.

Es wird nun in die Beratung des 7. Punktes der Tagesordnung eingetreten:

Neue Aufgaben des Verbandes in der neuen Zeit.

Tarnow als Referent führt aus, daß die Trennung der Arbeiterbewegung in einen politischen und einen gewerkschaftlichen Zweig nicht die Folge von Gegensätzen, sondern ein Gebot der Praxis war. Die Gewerkschaftsbewegung beschränkt sich nicht auf die Erringung von einigen Pfennigen Lohnerhöhung, sie war ein Teil der historischen Kraft, die den Sozialismus vorbereitet hat, und wir können unsere Tätigkeit vor dem Richterstuhl des Sozialismus wohl verantworten. Den gesetzlichen Organisationszwang müssen wir ablehnen. Der Staat würde das Kontrollrecht beanspruchen, das auch dem sozialistischen Staat nicht eingeräumt werden kann. Die politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisation ist unmöglich. Die Gewerkschaftsarbeit ist so vielseitig, daß sie von der politischen Organisation nicht nebenher erledigt werden kann. Wir verlangen, daß der Staat unsere Unterstützungseinrichtungen übernimmt. Geschieht das, dann können wir unsere Einrichtungen abbauen. Aber noch sind wir nicht so weit. Werden wir im sozialistischen Staat noch Lohnkämpfe brauchen? Vorläufig dürfen wir sie jedenfalls noch nicht aufgeben. Aber auch im sozialistischen Gemeinwesen wird es Gegensätze zwischen den Arbeitern und den Betriebsleitungen geben, welche die Gewerkschaften notwendig machen. Man wird die Streiks nach Möglichkeit vermeiden, aber man wird auf das Streikrecht niemals verzichten können.

Die Arbeiterräte sind vorhanden, und wir werden sie auch behalten. Davon muß man ausgehen. Man muß unterscheiden zwischen den politischen und den wirtschaftlichen Aufgaben, die sie zu erfüllen haben. Mit den politischen Aufgaben braucht man sich auf dem gewerkschaftlichen Verbandstag nicht zu beschäftigen. Für die wirtschaftlichen Aufgaben müssen wir eine Trennung vornehmen. Es handelt sich um zwei verschiedene Aufgaben: die Demokratisierung der Betriebe und die Sozialisierung der Wirtschaft. Wenn man beides zusammenwirft, dann leidet man Schiffbruch. Für die Betriebsarbeiterräte liegen dem Gewerkschaftskon-

greß Richtlinien zur Beschlußfassung vor. Diese Betriebsräte sind eine Erweiterung der Arbeiterausschüsse, die in engster Verbindung mit den Gewerkschaften stehen. Man hat aber vorgeschlagen, die Gewerkschaften durch die Räteorganisation zu ersetzen. Das sind Hirngespinnste, denn die Räte schweben in der Luft, wenn die Gewerkschaften nicht hinter ihnen stehen.

Ueber den Begriff des Sozialisierens der Betriebe gehen die Meinungen noch weit auseinander. Sozialisierung bedeutet die Ueberführung der Produktion in den Besitz und die Verwaltung der Allgemeinheit. Aber dafür sind die Betriebsarbeiterräte nicht die berufenen Personen. Auch die Betriebsführung ist eine Wissenschaft, die gelernt werden muß. Dazu kommt, daß die Interessen der Arbeiter im Betrieb häufig mit den Interessen der Gemeinwirtschaft kollidieren werden. Es kann vorkommen, daß die Einschränkung oder Schließung von Betrieben im Gemeininteresse liegt. Das können aber die betreffenden Betriebsräte nicht beschließen, weil es ihren speziellen Interessen widerspricht. Auch die radikalsten Vertreter des Rätesystems haben sich zu der Ueberzeugung durchgerungen, daß wir die Betriebsleiter, die Techniker, die Vollswirtschaftler nicht entbehren können. Diese Erfahrung hat man in Rußland praktisch gemacht. Auch in der Diskussion, die in Deutschland geführt wird, hat man das allmählich erkannt. Das Wahlrecht für die Arbeiterräte hat den Rätepolitikern große Schwierigkeiten gemacht und sehr radikale Politiker sind zu Vorschlägen gekommen, die den Gedanken, daß nur die Arbeiter zur Mitwirkung berufen sind, völlig verlassen. In den entscheidenden Körperschaften müssen die Arbeiter einen bestimmenden Einfluß ausüben, aber wir brauchen in den Wirtschaftskammern auch die berufenen Fachleute. Mein Vorschlag in der vorgelegten Resolution geht über den Vorschlag des Reichswirtschaftsministers hinaus. Wir können die Unternehmer vorläufig nicht entbehren, aber in der Wirtschaftskammer soll der Sozialismus richtunggebend sein.

Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter als Produzenten in den Wirtschaftskammern. Als Gewerkschaften können wir nicht selber Träger der Produktion sein, weil wir Vertreter der Arbeiterinteressen sind. Die Arbeiterräte in den Wirtschaftskammern können nicht Vertreter der Gewerkschaften sein, aber diese haben ihre Wahl vorzubereiten und sie zu beeinflussen. Für jeden Zweig des Gewerbes muß eine Wirtschaftskammer gebildet werden, die für das ganze Holzgewerbe zusammengefaßt und regional gegliedert wird. Für die sofortige Sozialisierung sind nur wenige Zweige des Gewerbes reif, wegen der starken Zersplitterung. Wir haben überwiegend Kleinbetriebe. Wie können diese Betriebe zentral in ihrer Produktion geregelt werden? Wir müssen von der Beherrschung der Rohstoffe durch die Wirtschaftskammern ausgehen. Die Mehrzahl der Wälder befinden sich in Staats- oder Gemeindebesitz. Zwei Drittel des Nutzholzertrages entstammt aus ihnen. Die Privatforsten müssen enteignet werden. Auch die Einfuhr kann leicht in die Gemeinwirtschaft überführt werden. Die Wirtschaftskammer kann eine Holzstelle errichten, die den Holzbedarf in ihrem Bereich feststellt. Die Erfahrungen der Kriegswirtschaft haben gezeigt, daß das nicht unmöglich ist. An der Zentrale laufen die Meldungen zusammen, und sie stellt den Verteilungsplan auf. Sie allein wäre berechtigt, der Sägewerksindustrie Aufträge zu geben. Hier müßten im Interesse der Wirtschaftlichkeit die unrationellen Betriebe ausgemerzt werden. Eine vergleichende Produktionsstatistik würde Aufschluß darüber geben, ob der einzelne Betrieb rationell arbeitet. Hiernach würden ihre Maßnahmen zu treffen sein. Wie unrationell ist die heutige Holzverteilung bei den üblichen Holzversteigerungen. Die Wirtschaftskammer könnte das Holz auf dem besten Wege in das nächstgelegene Werk bringen.

Mit dem System der Wirtschaftskammer wollen wir auch die Privatwirtschaft umwandeln in Gemeinwirtschaft, und da finden wir in der Holzindustrie große Entwicklungsmöglichkeiten. In der Tischlerei ist das Gros der Betriebe noch sehr rückständig. Die Wirtschaftskammer könnte feststellen, daß gewisse Erzeugnisse Massenerzeugnisse sind, die auf rationellstem Wege hergestellt werden. Jede Arbeit, die mit Maschinen gemacht werden kann, muß auch mit der Maschine gemacht werden. Türen, Fenster, gewöhnliche Möbel könnten in Massen in großen Betrieben hergestellt werden. Die Typisierung und Normalisierung müßte durchgeführt werden. Die unzähligen verschiedenen Muster sind volkswirtschaftlich eine Verschwendung. Der bestehende Normenausschuß hat auch bereits Normen für Türen und Fenster vorgeschlagen. Die Beschränkung der Muster könnte auch in andern Gewerben, z. B. in der Korbmacherei, der Bürstenmacherei usw. durchgeführt werden. Wenn wir diese Pläne durchführen, muß der private Holzhandel ausgeschaltet werden. Auf den Vertrieb der Produkte will ich nicht eingehen, weil uns hier nur die Produktion interessiert.

Ich habe geglaubt, daß wir uns auf die vorgeschlagene Resolution einigen können. Die Kollegen von der Opposition werden die politischen Aufgaben vermissen, aber mit den wirtschaftlichen können auch sie sich einverstanden erklären. Ihre politischen Forderungen müssen sie in den politischen Organisationen verfechten.

Der Verbandstag beschließt einstimmig, den Vortrag von Tarnow drucken zu lassen und ihn in weitem Umfang unter den Kollegen zu verbreiten. Es ist inzwischen 6 Uhr geworden, die Sitzung wird deshalb geschlossen.

Vierter Verhandlungstag (Donnerstag).

Siegle (Berlin), Korreferent, will sich bei der Geschäftslage des Verbandstags auf einige kurze Bemerkungen beschränken. Ich erblicke, so führt er aus, in dem Rätesystem nicht nur ein Mittel, sondern auch ein Ziel. Es ist ein Mittel für die Durchführung der Diktatur des Proletariats, als Ziel schwebt uns die Durchführung des Sozialismus vor. In den Reihen der Mehrheitssozialisten gibt es Leute, die nicht mehr Sozialisten sind. Es ist ganz unmöglich, daß die Gewerkschaften zum Sozialismus führen, deshalb wollen wir sie ja zu Klassenkampforganisationen machen. Erst Sozialismus, dann Demokratie. Das bedeutet, daß wir uns auf den Boden des Rätesystems stellen und die Kapitalisten ausschalten. Die Arbeiterräte müssen wirtschaftliche und politische Aufgaben erfüllen. Das besagt, daß mit der Durchführung des Rätesystems die Gewerkschaften überflüssig werden. Im Anfangsstadium brauchen wir allerdings noch gewerkschaftliche Organisationen. Die Arbeiterräte müssen politische Machtbefugnisse haben. Trotzdem ich mit manchem, was von Tarnow gesagt wurde, einverstanden bin, kann ich seiner Resolution nicht zustimmen, weil sie den Arbeiterräten nicht die politische Macht einräumt.

Geisler (München): Die Betriebsräte müssen zur Kontrolle der Betriebe herangezogen werden. Die Revision der Betriebe durch die Gewerbeinspektion und die Organe der Berufsgenossenschaften lassen sehr viel zu wünschen übrig.

Backer (Düsseldorf) ist mit der Resolution Tarnow nicht einverstanden, weil sie nicht die konsequente Durchführung des Rätesystems bringt. Bei seiner Einführung müssen alle seitherigen Organisationen beiseite treten.

Meyer (Nürnberg): Den Betriebsräten müssen weitergehende Befugnisse eingeräumt werden. Politische Arbeiterräte sind mit dem Parlamentarismus nicht vereinbar. Man hätte mit der Wiederherstellung des Parlamentarismus keine so große Eile haben sollen.

Kellermann (Stuttgart): Die Durchführung des von Tarnow entwickelten Programms wird an den realen Verhältnissen scheitern. Das politische Rätesystem lehne ich ab. Wenn es auf demokratischer Grundlage durchgeführt wird, dann unterscheidet es sich nicht vom Parlamentarismus. Die Gewaltherrschaft einer Minderheit müssen wir ablehnen.

Wendler (Köln): Die Ausführungen der oppositionellen Redner sind der Ausdruck einer geistigen Verwirrung. Man darf Beispiele aus dem agrarischen Rußland nicht auf das industrielle Deutschland übertragen. Im besetzten Gebiet suchen die Engländer die Ergiebigkeit der Betriebe auszuspionieren. Wird die Sozialisierung jetzt so stürmisch durchgeführt, dann arbeiten wir für die Entente.

Backer (Düsseldorf): Das Fundament eines konsequenten Rätesystems sind die Betriebsräte. Aus ihnen heraus entstehen die kommunalen Arbeiterräte. Von hier aus teilt sich ihr Arbeitsgebiet in zwei Ströme. Der eine leistet die gesetzgeberische Arbeit, der andere verwaltet die Wirtschaft und gliedert sich nach Berufsgruppen. Diese Gruppen bilden das Wirtschaftsamt. Bei diesem System ist das allgemeine Wahlrecht und der Parlamentarismus erledigt. Nicht die Gewerkschaftsarbeit führt uns zum Ziel, sondern die brutale Durchführung des Rätesystems.

Huber (München): Die Erfahrungen mit dem Rätesystem in München strafen diese letztere Behauptung Lügen. Das System wäre dort ohnehin sehr schnell wirtschaftlich zusammengebrochen. Mit der erhofften Weltrevolution hat es noch recht gute Wege. Die Räteregierung in München hat die Mitwirkung der Gewerkschaften abgelehnt, weil diese überlebt seien. Man hat damit sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Mit der Resolution Tarnow sind wir einverstanden, obwohl darin noch sehr viel Theorie steckt.

Eckel (Kassel): Die Rätefrage ist noch nicht genügend geklärt. Es steht zu befürchten, daß die Arbeiterschaft noch nicht willens ist, freiwillig die Opfer zu bringen, welche die Verfechter des Rätesystems von ihr fordern. Da muß noch viel Erziehungsarbeit geleistet werden. Die Resolution Tarnow zeigt einen Weg. Man kann ihr zustimmen in dem Sinne, daß sie die Grundlage einer verständigen Diskussion bildet.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Siegle verzichtet auf das Schlußwort.

Tarnow (Schlußwort): Siegle ist gegen meine Resolution, weil sie die politischen Aufgaben der Arbeiterräte nicht behandelt. Die Beschäftigung mit diesen Aufgaben kann aber nicht Sache der Gewerkschaften sein, weil das hier zersplitternd wirken müßte. In der Resolution sind nur Gedanken ausgesprochen, auf die wir uns alle einigen können. Die Ablehnung der politisch-gewerkschaftlichen Einheitsorganisation ist nicht gleichbedeutend mit der Ablehnung des Rätesystems. Auch auf dem Boden der Gemeinwirtschaft sind Gewerkschaften nicht zu entbehren. Wir „Gewerkschaftsbureaukraten" sind nüchtern, wir suchen hinter den klingenden Worten auch positive Gedanken und lassen uns von begeisternden Reden nicht so leicht hinreißen. Die Resolution soll kein fertiges Programm sein, aber ich habe mich bemüht, positive Wege zu zeigen. Wenn man sich ernsthaft damit beschäftigt, dann wird man vermutlich noch manches zu verbessern finden. Vor der großen Selbstsicherheit, die sich bei manchen Leuten zeigt, die diese Dinge nur oberflächlich kennen, soll man sich hüten.

Siegle (Berlin) gibt im Auftrag der Delegierten aus Berlin, Luckenwalde, Spandau, Bremen, Düsseldorf, Halle und Braunschweig folgende Erklärung ab: „Die Kollegen der genannten Orte stehen auf dem Boden des politischen Rätesystems, im Gegensatz zum bürgerlichen Parlamentarismus. Die Resolution Tarnow enthält manche guten Gedanken, denen man zustimmen kann. Wir müssen sie aber in ihrer Gesamtheit ablehnen, weil sie unserer grundsätzlichen Auffassung über das Rätesystem nicht entspricht."

Die unten folgende Resolution wird vom Verbandstag gegen 27 Stimmen angenommen.

I.

Der Verbandstag begrüßt die Revolution als die Befreiung der Arbeiter [illegible] Fesseln der kapitalistischen Ausbeutung. Erst wenn die kapitalistische Wirtschaftsweise durch die sozialistische ersetzt worden ist, kann das Ziel der gewerkschaftlichen Bewegung, die wirtschaftliche und soziale Gleichstellung der Arbeiter mit allen andern Gesellschaftsklassen, verwirklicht werden. Aus diesem Grunde und in Uebereinstimmung mit seiner seitherigen Wirksamkeit erklärt der Verbandstag die Bereitwilligkeit des Verbandes, mit allen Kräften mitzuarbeiten bei der Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Sinn der sozialistischen Gemeinwirtschaft. Durch den erfolgreich geführten Kampf um das Mitbestimmungsrecht am Arbeitsvertrag sowie die Zentralisierung der Arbeitsverhältnisse durch Tarifverträge hat der Verband bereits in der Vergangenheit wertvolle Vorarbeit für die Sozialisierung der Holzindustrie geleistet.

Die Revolution hat die alten Aufgaben des Verbandes nicht überflüssig gemacht. Die Agitation muß mit verstärktem Eifer fortgeführt werden, bis die deutschen Holzarbeiter restlos dem Verband angehören. Einen gesetzlichen Organisationszwang lehnt der Verbandstag ab. Mit Entschiedenheit wendet er sich gegen den Gedanken einer politisch-gewerkschaftlichen Einheitsorganisation, in der die besonderen gewerkschaftlichen Aufgaben nur unvollkommen erfüllt werden können, und die ein verderblicher Rückfall in die Kinderkrankheiten der Arbeiterbewegung wäre.

Der Verbandstag erwartet von der künftigen Gesellschaft die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz für alle. In dem Maß, wie dieser Grundsatz verwirklicht wird, kann der Verband auf seine Unterstützungseinrichtungen verzichten, doch ist zurzeit die Lage noch nicht genügend geklärt, um dahingehende Aenderungen schon jetzt vornehmen zu können. Die Hauptaufgabe des Verbandes, der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, ist durch die Revolution keineswegs überflüssig geworden, da die Beseitigung der kapitalistischen Privatwirtschaft in der Holzindustrie nur allmählich zu erwarten ist; aber auch für die sozialisierten Betriebe und auf dem Boden der Gemeinwirtschaft bedürfen die Arbeiter einer gewerkschaftlichen Vertretung zur Wahrung ihrer besonderen wirtschaftlichen Arbeiterinteressen gegenüber den Allgemeininteressen. Zu diesem Zweck kann das Streikrecht nicht entbehrt werden, obwohl der Verbandstag anerkennt, daß im Interesse der sozialistischen Volkswirtschaft die Arbeitseinstellungen nach Möglichkeit zu vermeiden sind.

II.

Der alte gewerkschaftliche Kampf um Betriebsdemokratie findet einen zeitgemäßen Ausdruck in der Forderung nach Betriebsarbeiterräten. Der Verbandstag unterstützt diese Forderung und erklärt sie zu seiner eigenen in dem Sinn, daß die Betriebsräte die erweiterten Aufgaben der Arbeiterausschüsse übernehmen und in engster Gemeinschaft mit den Gewerkschaften in den Betrieben wirken.

Zur Einführung und Leitung der Gemeinwirtschaft müssen Körperschaften (Wirtschaftskammern) gebildet werden, in denen die Arbeiter eine ihrer Bedeutung im Wirtschaftsleben entsprechende Stellung einnehmen. Ihre Vertreter in diesen Körperschaften (Arbeiterräte) müssen aus allgemeinen Urwahlen der lohnarbeitenden Berufsangehörigen hervorgehen. Der Verband kann diese Vertretung für die Holzarbeiter nicht unmittelbar übernehmen, da sie seinem Charakter als Vertreter reiner Lohnarbeiterinteressen nicht entspricht. Der Verband hat aber die Pflicht, die Wahlen der Holzarbeiterräte vorzubereiten, diese mit Material und Richtlinien für ihre Tätigkeit zu versehen, ihre dauernde Verbindung untereinander und mit dem Verband herbeizuführen und die Ausbildung von Kollegen für die Tätigkeit als Arbeiterrat zu fördern.

Der Verbandstag bringt zum Ausdruck, daß auch in der Holzindustrie Sozialisierungsmöglichkeiten vorhanden sind, die sofort in Angriff genommen werden können. Er fordert die Mitglieder und insbesondere die Funktionäre des Verbandes auf, dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zu widmen, sie in Versammlungen und im Verbandsorgan zu diskutieren, praktische Vorschläge auszuarbeiten und dem Vorstand zu übermitteln und sich bereitzuhalten für die Aufgaben, die mit der Sozialisierung auf die Holzarbeiter entfallen.

III.

Zur Einleitung der Sozialisierung der Holzindustrie fordert der Verbandstag von der Regierung und Gesetzgebung:

1. Die Errichtung von Wirtschaftskammern für die Holzindustrie und für jedes holzverarbeitende Gewerbe. Die Wirtschaftskammern haben die Aufgabe, an Stelle der Privatwirtschaft die Gemeinwirtschaft einzuführen und deren Leitung zu übernehmen, die Produktion entsprechend dem zu ermittelnden Bedarf planmäßig zu organisieren, die höchstmögliche Wirtschaftlichkeit und eine gerechte Verteilung des Arbeitsertrages herbeizuführen. Die Durchführung dieser Aufgabe erfordert die Mitwirkung aller volkswirtschaftlich tätigen Kräfte, jedoch ist die Vertretung in den Kammern so zu regeln, daß die ausgesprochenen Anhänger des gemeinwirtschaftlichen Prinzips die Mehrheit bilden. Zur Durchführung der einzelnen volkswirtschaftlichen, technischen und sozialpolitischen Aufgaben sind den Wirtschaftskammern Verwaltungsämter anzugliedern.

2. Die Enteignung aller Privatforsten von mehr als 10 Hektar zusammenhängender Fläche und ihre Ueberführung in öffentliches Eigentum und gemeinwirtschaftlichen Betrieb.

3. Die Bewirtschaftung des gesamten in Deutschland produzierten und vom Ausland eingeführten Nutzholzes durch die Wirtschaftskammern.

4. Die Umwandlung des privaten Holzhandels in gemeinwirtschaftliche Holzversorgungsstellen im Rahmen der Wirtschaftskammern; eventuell für eine Uebergangszeit die Zwangssyndizierung des Holzhandels.

5. Die öffentliche Bewirtschaftung auch der andern in der Holzindustrie verwendeten wichtigen Rohstoffe, wie Leim, Oele, Schellack, Haare und Borsten, Korbweiden und Rohr, Korkholz usw., durch die Wirtschaftskammern.

Fritz Tarnow.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betrifft

Lohnbewegung und Tarifverträge.

Neumann (Verbandsvorstand): Von 48 Delegierten ist dem Verbandsvorstand gesagt worden, daß er das Vertrauen der Mitglieder mißbraucht habe. Das kann uns nicht gleichgültig sein. Unsere gewerkschaftliche Tätigkeit ist wegwerfend als ein Kuhhandel um einige Pfennige Lohn bezeichnet worden. Schon im September 1914 beschäftigten wir uns mit den Lieferungsbedingungen und den Löhnen für Heeresaufträge. Damals trafen wir Vorbereitungen für einen Tarif, zunächst für Geschoßkörbe. Bei der Arbeiterschaft, zumal in den Elendsbezirken der Korbindustrie, fanden wir zunächst schroffe Ablehnung. Die Rücksicht auf die Zensur der Militärbehörden hinderte uns, über unsere Tätigkeit in bezug auf die Lohnbewegung öffentlich zu berichten. Als wir gegen Ende des Jahres 1915 bei eintretender Besserung der Geschäftslage begannen, auf Teuerungszulagen zu drängen, da fanden wir an manchen Stellen bei unsern Kollegen wenig Verständnis. Noch auf der Städtekonferenz am 2. Oktober 1916 war die Stimmung der Kollegen sehr gedrückt. Der Vorstand mußte ihnen Mut machen. Redner schildert die Schwierigkeiten der damaligen Verhandlungen mit den Unternehmern, die dann vor dem Reichsamt des Innern zu Ende geführt wurden. Er bespricht des weitern die Entwicklung der Tarifbewegung während des Krieges. Unsere Organisation hat sich der der Unternehmer noch stets gewachsen gezeigt. Das bietet die Gewähr, daß sie auch unter der Herrschaft eines Reichstarifs ihrer Aufgabe gewachsen sein wird. Der von einer Städte-

konferenz beschlossene Entwurf eines Reichstarifs beweist treffend, daß unsere Gewerkschaftsarbeit doch mehr bedeutet als einen Kuhhandel um die Löhne und die Arbeitszeit. Die letzten zentralen Verhandlungen sind abgebrochen worden, weil die Unternehmer zuvor die Aufhebung des Nürnberger Streiks verlangten. Den Unternehmern wurde bei dieser Gelegenheit gesagt, daß wir jetzt allgemein weitergehende Forderungen erheben, als die, deren Erledigung so lange verzögert wurde. Unsere Betätigung auf dem Gebiet des Tarifvertrags liegt im Interesse der Arbeiterschaft, sie ist ein Stück Klassenkampf. Einzelheiten in unserm Vertragsentwurf mögen nicht allgemein befriedigen, vielfach ist der Wunsch vorhanden, in eine höhere Lohnklasse zu kommen. Dieses Streben ist berechtigt und erfreulich, der Vorstand muß aber diese Fragen von einer höheren Warte beurteilen.

Wegen Eintritts der Mittagspause bricht der Redner ab. In der Nachmittagssitzung fährt

Neumann fort: Von verschiedenen Seiten wird die Abschaffung der Akkordarbeit verlangt. Das ist keine prinzipielle Frage, und man sollte es vermeiden, sich auf solche Beschlüsse festzulegen. Redner bespricht die verschiedenen Forderungen, die in dem Entwurf zum Reichstarif aufgestellt sind und fährt dann fort: Die Taktik der plötzlichen Arbeitseinstellungen, die neuerdings Schule macht, liegt nicht im Interesse der Kollegen. Bisher haben die Städtekonferenzen einen starken Einfluß auf die Führung der Lohnbewegungen ausgeübt, ein Beschlußrecht hatten sie aber nicht. Es ist Sache des Verbandstags, sich darüber zu äußern, ob es nicht zweckmäßig ist, zu beschließen, daß die Städtekonferenzen das Recht haben sollen, über Annahme oder Ablehnung getroffener Vereinbarungen zu entscheiden. Es empfiehlt sich aber nicht, in der Hinsicht das Statut zu ändern. Gegen unsern Antrag, den Tarifvertrag für die Klavierfabriken als rechtsverbindlich zu erklären, haben nicht nur die Unternehmer, sondern auch der christliche Verband beim Arbeitsministerium Einspruch erhoben. — Man soll es den Vertretern des Verbandes nicht zu schwer machen, ihre Pflichten zu erfüllen. Nicht augenblickliche Stimmungen, sondern die Beschlüsse des Verbandstags müssen für die Beurteilung der Tätigkeit des Vorstandes maßgebend sein.

Schleicher (Stuttgart), Berichterstatter der Kommission, bespricht die vorliegenden Anträge.

Ulinski (Berlin): Die „Holzarbeiter-Zeitung" hat bei der Beurteilung von Streiks der Bergarbeiter den Unternehmern Argumente gegen die Arbeiter in die Hand gegeben.

Winkler (Leipzig): Neumann hat aus seiner reichen Erfahrung wertvolle Anregungen gegeben. Das bekannte Wort, daß die Revolution drohe in eine große Lohnbewegung auszuarten, war eine bedenkliche Entgleisung. Die Arbeiter haben ein Recht, einen Ausgleich für die erlittenen Entbehrungen zu verlangen. Zentrale Vereinbarungen sind örtlichen Verhandlungen vorzuziehen.

Böse (Berlin): Obwohl wir die Politik des Vorstandes grundsätzlich bekämpfen, wollen wir doch an dem Ausbau des Verbandes mitarbeiten. Wir sind Gegner langfristiger Verträge. Das Interesse der Arbeitgeber an den Reichstarif ist größer als das unsere.

Meyer (Nürnberg): Wir waren in Nürnberg auch im Kriege genötigt, Streiks zu führen. Zum Abschluß von Verträgen muß man auch einen leistungsfähigen Vertragspartner haben. Der jetzige Streik in Nürnberg wird geführt zur Durchführung von Forderungen, von denen wir den Vorstand rechtzeitig Kenntnis gegeben haben. Der Verbandstag sollte den Nürnberger Kollegen eine erhöhte Streikunterstützung bewilligen.

Dörfer (Fürth): Wir werden den Schiedsspruch des Tarifamts vom 6. Februar auch hinsichtlich der Akkordarbeit durchführen müssen. Wenn auch der Verbandstag den Antrag auf Verbot der Akkordarbeit nicht wird annehmen wollen, so sind doch unsere Kollegen entschlossen, sich die Akkordarbeit nicht aufzwingen zu lassen. Die Kritik, die hier wegen unsern Verbandsvorstand geübt wurde, hat unserer Sache sehr geschadet.

Tempel (Dresden): Wenn man gegen den Vorstand den Vorwurf des Verrats erhoben hat, dann hätte das Material jetzt vorgebracht werden müssen. Statt dessen erheben die Leipziger Kollegen den Ruf nach dem Reichstarif. Die Kollegen an den einzelnen Orten müssen deutlich zum Ausdruck bringen, daß sie hinter den zentral erhobenen Forderungen stehen. Auch in den gemischten Betrieben müssen die allgemeinen Lohnbedingungen für die Holzarbeiter gelten. Die Metallarbeiter dürfen für unsere Kollegen keine Verträge abschließen.

Joop (Hamburg): Wir sind für zentrale Verhandlungen. Die unberechtigten Angriffe auf den Verbandsvorstand haben uns in der Lohnbewegung sehr schwer geschadet. Den Schlichtungen sollte das Recht eingeräumt werden, bindende Beschlüsse zu fassen.

Bittmann (Nürnberg): Wir halten unbedingt an der [illegible] fest. Unser Streik war unvermeidlich. Redner bittet um Bewilligung der beantragten Streikunterstützung.

Hier wird abgebrochen.

Fünfter Verhandlungstag (Freitag).

Zuerst wird zur Festsetzung der Diäten geschritten.

Rehfeldt (Mannheim) schlägt vor, 21 Mk. pro Tag festzusetzen, dazu 6 Mk. für Uebernachten und 29 Mk. für Lohnausfall.

Leipart teilt mit, daß in letzter Zeit nach Beschlüssen des Vorstandes und des Ausschusses 24 Mk. einschließlich Uebernachten und bis 18 Mk. für Lohnausfall gezahlt wurde.

Der Antrag Rehfeldt wird angenommen. Die Debatte über die Lohnbewegung wird fortgesetzt.

Herbert (Leipzig): Die gereizte Stimmung bei den Kollegen, von der Neumann gesprochen hat, war vorhanden, sie ist aber eine Folge der falschen Kriegspolitik der Führer. [illegible]

Schleicher (Stuttgart), Berichterstatter der Kommission, [illegible]

Leipart: Der Verbandsvorstand hat bereits beschlossen, das erforderliche Geld nach Nürnberg zu senden. In den letzten Wochen sind zahlreiche Anträge auf Erhöhung der Sätze der Streikunterstützung beim Vorstand eingegangen, aber durchgängig abgelehnt worden.

Radzuhn (Bremen): Die Kopflosigkeit der Führer trug Schuld an der Mutlosigkeit der Arbeiter. Die Verantwortung für die Lohnbewegung muß aus den Händen der Führer in die der Massen gelegt werden. Wir sind gegen langfristige Verträge und für die Beseitigung der Akkordarbeit.

Dammer (Verbandsvorstand): Die großen Gesichtspunkte sollten nicht, wie es in der Debatte geschehen, hinter den örtlichen Schmerzen zurückstehen. Dem Verlangen nach kurzfristigen Verträgen kommt unser Vertragsentwurf entgegen, der für den Vertrag dreimonatige Kündigungsfrist ohne bestimmte Geltungsdauer vorsieht. Das Verlangen nach dem Reichstarif ist unter den Kollegen stark, ist doch die Ausdehnung seines Geltungsbereichs auf eine große Reihe von Berufszweigen von den Kollegen gefordert worden. Die Großindustriellen sind grundsätzlich Gegner von Vertragsabschlüssen. In der Frage der Akkordarbeit müssen wir nicht deren Beseitigung, sondern die Sicherung eines Lohns verlangen, der den Stundenlohn übersteigt. Ueber die Frage, ob zentrale Verhandlungen oder örtliche Verständigung, besteht wohl kaum noch ein Zweifel. Die bevorstehende Unterzeichnung des Friedensvertrags wird auf die Lage der Industrie einen Einfluß ausüben, der sich jetzt noch gar nicht übersehen läßt.

Koblitz (Breslau): Wir sind mit unserer Tarifpolitik auf dem rechten Weg. Andere Gewerkschaften, die diese Politik früher kritisierten, folgen nun unserm Beispiel. Das jetzige Treiben der Arbeitgeber dürfen wir uns nicht länger gefallen lassen.

Schmidt (Michelau): Das Votum der 48 Delegierten bei der Abstimmung über die Resolution Siegle ist ein Beweis für die Richtigkeit des Wortes: „Undank ist der Welt Lohn." Es ist richtig, daß die Korbmacher sich in der ersten Zeit des Krieges gegen die vom Vorstand angestrebte Lohnregelung sträubten. Ganz besonders dem Vorstand haben wir es zu danken, daß sich im Korbmachergewerbe geordnete Zustände anbahnen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Neumann (Schlußwort): Die Kritik an der Tätigkeit des Vorstands war sehr zurückhaltend. Es ist schablonenhaftes Gerede, wenn für die Mutlosigkeit der Arbeiter die Führer verantwortlich gemacht werden. Die Art der von einigen Kollegen vorgebrachten Einwendungen zeugt von einer starken Voreingenommenheit, die eine Verständigung erschwert. Aber abgesehen von einigen Nörgeleien, hat sich gezeigt, daß auch dieser Verbandstag mit unserer Tätigkeit einverstanden ist. Es besteht gar kein Zweifel, daß die ganz überwiegende Mehrheit der Mitglieder für zentrale Verhandlungen und für einen Reichstarif ist. Die Forderungen, die wir in ihm erheben, müssen für die Gesamtheit der Kollegen gelten. An der Tarifklasseneinteilung ist noch vieles zu verbessern, aber wir können uns hier nicht auf einer bestimmten Forderung festlegen. Taktische Einzelheiten können vom Verbandstag nicht geregelt werden; der Vorstand muß eine gewisse Bewegungsfreiheit haben. Wenn der Verbandstag die Meldefrist für geplante Lohnbewegungen verkürzen will, dann muß diese Frist von allen Zahlstellen eingehalten werden. Es muß dafür gesorgt werden, daß alle Fäden der Lohnbewegung beim Vorstand zusammenlaufen.

Man schreitet zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge.

Einige Anträge, welche die Gruppierung der Städteklassen nach Wirtschaftsgebieten fordern, werden angenommen, ebenso die Anträge, nach welchen die Verhältnisse der Lehrlinge, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in den Verträgen mit geregelt werden sollen. Angenommen wurde ein Antrag, der verlangt: Grundsätzliches Festhalten am Achtstundentag und früheren Arbeitsschluß am Sonnabend. Der Antrag, Tarifverträge nur noch mit vierwöchiger Kündigung abzuschließen, wird abgelehnt, ebenso der Antrag, die Beschlüsse des Tarifamts als bindend nur anzuerkennen, wenn die beteiligten Arbeiter zustimmen. Ein Antrag, der den Hauptvorstand verpflichten will, in die neu abzuschließenden Tarifverträge die Ferienfrage für die Kollegen mit aufzunehmen, wird angenommen, wodurch einige Anträge als erledigt betrachtet werden, welche die Dauer der Ferien umschreiben. Abgelehnt werden die Anträge, die die Abschaffung der Akkordarbeit fordern, während der Antrag, für neu abzuschließende Tarifverträge die Verbindlichkeitserklärung beim Reichsarbeitsamt zu beantragen, Annahme findet. Ein neu eingebrachter Antrag Wendt (Köln), die Städteklassen I und II miteinander zu verbinden, wird abgelehnt, ebenso ein Antrag Nürnberg, die Unterstützung für den dortigen Streik zu erhöhen und ein ähnlicher Antrag Berlin, den Zuschlag zur Streikunterstützung, der beim letzten Streik gezahlt wurde, zu einem Teil auf die Hauptkasse zu übernehmen. Angenommen wird ein Antrag, der alle Organe des Verbandes verpflichtet, der Schmutzkonkurrenz entgegenzuwirken, die mit in Strafanstalten angefertigten Arbeiten getrieben wird. Vorher hatte der Verbandstag einer Erklärung zugestimmt, die sich entschieden dagegen wendet, daß einzelne Arbeiter nach Feierabend noch in andern Betrieben oder in eigener Werkstätte arbeiten.

Den Bericht der Beschwerdekommission gibt

Wendt (Köln): Der von der Zahlstelle Bremen gegen Dammer gestellte Ausschlußantrag hat eine längere Vorgeschichte, die Redner vorträgt. Bei der Schwere der erhobenen Vorwürfe hat die Kommission die Dinge sehr gründlich untersucht. Wenn Dammer auch in einigen Punkten nicht so gehandelt hat, wie wir es gewünscht hätten, so muß doch der Antrag auf Ausschluß abgelehnt werden. Es handelt sich um Dinge, die, wie so manche auf diesem Verbandstag, nicht von gewerkschaftlichen, sondern von politischen Gesichtspunkten entschieden werden. Aber wir müssen gerecht sein.

Radzuhn (Bremen) begründet die Anklagen gegen Dammer, auf welche Dammer erwidert. An der Aussprache beteiligen sich noch Meusch (Berlin), Braukmüller (Bremen), Spindler (Bremen) und Heßler (Leipzig). Die Debatte wird durch einen Schlußantrag beendet. Nach einem Schlußwort des Berichterstatters wird namentlich abgestimmt. Dem Antrag der Kommission entsprechend, wird der Antrag auf Ausschluß des Kollegen Dammer mit 102 gegen 48 Stimmen abgelehnt. Hierauf tritt die Mittagspause ein. In der

Nachmittagssitzung

wird mit der Berichterstattung der Beschwerdekommission fortgefahren.

Wendt (Köln) berichtet über den Antrag der Zahlstelle Bremen um Erlaß eines Darlehens von 22 000 Mk. Die Kommission empfiehlt Ablehnung.

Nachdem sich Radzuhn (Bremen), Spindler (Bremen) und Dörfer (Fürth) hierzu geäußert haben, empfiehlt Leipart, von dem Darlehen etwa 8000 Mk. auf die Hauptkasse zu übernehmen. Der Kommissionsantrag wird abgelehnt und beschlossen, 10 000 Mk. auf die Hauptkasse zu übernehmen.

Von der Zahlstelle Düsseldorf ist beantragt, den Gauvorsteher Meyer wegen seiner Stellungnahme beim Einzug der Regierungstruppen in Düsseldorf seines Postens zu entheben. Hierzu sprechen Backer (Düsseldorf) und Meyer (Düsseldorf). Der Antrag wird dem Vorschlag der Kommission entsprechend abgelehnt.

Es wird in die

Statutenberatung

eingetreten und bei den zu § 118 des Statuts (Wahl des Vorstands) gestellten Anträgen begonnen.

Schleicher (Stuttgart) begründet den folgenden von der Kommission gestellten Antrag:

Die Wahl des Vorstandes, die Festsetzung der Zahl der besoldeten Vorstandsmitglieder und deren Gehälter hat der Verbandstag vorzunehmen. Für die unbesoldeten Vorstandsmitglieder ist je ein Ersatzmann zu wählen. Die Ersatzmänner treten bei dauernder Verhinderung eines Mitglieds in der Reihenfolge der Stimmenzahl ein.

Böse (Berlin) tritt dafür ein, daß das Recht zur Wahl der unbesoldeten Vorstandsmitglieder der Zahlstelle Berlin erhalten bleibt.

Witter (Schwelm) unterstützt diese Ausführungen.

Müller (Berlin): Der Antrag ist eine Brüskierung der linksstehenden Mitglieder des Verbandsvorstands.

Blecke (Hamburg): Die Zustände in der Berliner Zahlstelle geben keine Garantie dafür, daß hier die Politik getrieben wird, welche die Mehrheit des Verbandstags wünscht.

Swintkowski (Berlin): Der Antrag ist ein Mißtrauensvotum für die seitherigen Beisitzer im Vorstand. Wenn wir kollegial weiterarbeiten sollen, müssen wir es bei dem seitherigen Zustand lassen.

Neumann (Vorstand): Wir hatten bisher im Vorstand Beisitzer, die hier auf dem Verbandstag das schärfste Mißtrauen gegen den Vorstand beantragt haben. Jetzt ist in Berlin die einseitige Parteiherrschaft proklamiert. Die seitherigen Angestellten der Zahlstelle sind entlassen. Bei den Wahlen im Verband darf die Parteistellung keine Rolle spielen. Während des Krieges wurden von Beisitzern im Verbandsvorstand in der Berliner Zahlstelle Anträge propagiert, die dem Statut widersprachen. Die Gefahr besteht, daß durch die von den Berliner Kollegen allein gewählten Beisitzer Beschlüsse des Vorstands zustandekommen, die den Beschlüssen des Verbandstages widersprechen. Trotzdem sind wir zu einer Verständigung bereit. Wenn die Berliner Kollegen die Erklärung abgeben, daß bei der Wahl der Vorstandsmitglieder auf die Parteirichtung keine Rücksicht genommen wird, möchte ich des Friedens wegen vorschlagen, daß wir es bei dem seitherigen Zustand belassen.

Müller (Berlin): Ich war bisher Beisitzer im Verbandsvorstand und nehme in Anspruch, stets die Interessen des Verbandes wahrgenommen zu haben.

Schleicher (Stuttgart): Wenn sich der Verbandsvorstand mit dem seitherigen Zustand abfindet, dann kann sich auch die Kommission damit zufriedengeben. Wir müssen aber erwarten, daß nur Kollegen gewählt werden, die sich auf den Boden des Statuts und der Verbandstagsbeschlüsse stellen und daß die Berliner Kollegen hier erklären, in diesem Sinne wirken zu wollen.

Böse (Berlin): Wir halten das politische Moment möglichst aus den Versammlungen fern und werden bei den Wahlen zum Verbandsvorstand auch so verfahren, daß die besten und tüchtigsten Kollegen gewählt werden, ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung.

Leipart: Sollte es eintreten, daß alle sechs Beisitzer so einseitig orientiert sind, daß ein Zusammenarbeiten mit ihnen nicht möglich ist, dann müssen die vom Verbandstag gewählten Vorstandsmitglieder das Recht haben, unbedingt für die Aufrechterhaltung des Statuts und der Verbandstagsbeschlüsse zu sorgen. (Zustimmung.)

Der Antrag der Kommission wird zurückgezogen.

Es wird nun zu den Anträgen geschritten, die sich mit den Beiträgen und den Unterstützungen beschäftigen:

Schleicher (Stuttgart): Die Kommission schlägt vor, nur die Streikunterstützung zu erhöhen. Hierzu ist aber eine Beitragserhöhung notwendig. Sie empfiehlt folgende Sätze:

	I	II	III	IV	V	VI
Beitrag .	180 Pf.	150 Pf.	120 Pf.	100 Pf.	75 Pf.	50 Pf.
Erhöhung .	20 %	25 %	20 %	25 %	25 %	25 %
Streikunterstützung:						
13 Wochen	18 Mk.	16 Mk.	14 Mk.	12 Mk.	10 Mk.	8 Mk.
26 „	25 „	22 „	19 „	16 „	13 „	10 „
52 „	33 „	29 „	25 „	21 „	17 „	13 „
156 „	36 „	32 „	28 „	24 „	20 „	16 „
260 „	40 „	36 „	32 „	28 „	24 „	20 „
520 „	44 „	40 „	36 „	32 „	28 „	24 „
Erhöhung	70 %	66 %	63 %	60 %	55 %	50 %

Außerdem soll die Kinderunterstützung bei Streiks auf 2 Mk. für jedes Kind erhöht werden. In gleicher Weise soll auch die Gemaßregeltenunterstützung bemessen werden. Die erhöhte Streikunterstützung könnte eventuell schon am 15. Juli in Kraft treten. Wenn jedoch Meinungsverschiedenheiten bestehen, dann wäre eine Urabstimmung notwendig, wodurch der Termin hinausgeschoben würde.

Berner (Chemnitz) und Nußbaumer (Pforzheim) unterstützen den Antrag der Kommission. Schönenberger (Schwenningen) findet eine so schnelle Beitragserhöhung doch etwas bedenklich. Wimmer (München) tritt für Urabstim-

mung ein. Wustlich (Nabenau): Die Beitragshöhe sollte in ein richtiges Verhältnis zum Verdienst gebracht werden. Schmidt (Michelau): Von einer Erhöhung der Beiträge in den unteren Klassen sollte man Abstand nehmen.

Leipart: Unser seitheriges Statut verlangt für jede Beitragserhöhung Urabstimmung. Die erhöhte Streikunterstützung wird nicht vor dem erhöhten Beitrag in Kraft treten können. Die Urabstimmung wird mindestens sechs Wochen in Anspruch nehmen. Vor dem 1. September werden also die neuen Bestimmungen kaum in Kraft treten können. Statutarisch zulässig ohne Urabstimmung wäre die Beitragserhöhung in Gestalt eines Extrabeitrags. Jedenfalls muß die Streikunterstützung erhöht werden.

Stelzl (Nürnberg): Im Interesse der Beschleunigung sollte von der Urabstimmung Abstand genommen werden.

Schiefer (München): Der Aufbau der vorgeschlagenen Skala benachteiligt die kleinen Zahlstellen. Ein Extrabeitrag fließt ganz der Hauptkasse zu, bei der Beitragserhöhung fließt ein Anteil in die Lokalkasse.

Rommel (Essen): Die niedrigen Beiträge in den andern Verbänden lassen eine Beitragserhöhung nicht ganz unbedenklich erscheinen. Bitter (Schwelm): Eine Urabstimmung ist unvermeidbar. Schneider (Rothenburg): Die vorgeschlagene Staffelung wird den kleinen Zahlstellen nicht gerecht. — Ein Schlußantrag wird angenommen.

Schleicher weist im Schlußwort darauf hin, daß die Vorschläge so gedacht sind, daß die Mitglieder in der seitherigen Beitragsklasse bleiben.

In der Abstimmung wird der Kommissionsantrag gegen drei Stimmen angenommen. Damit sind alle Anträge, die sich auf die Unterstützungseinrichtungen beziehen, erledigt. Ueber den gefaßten Beschluß findet Urabstimmung statt. Der Termin für das Inkrafttreten soll vom Verbandsvorstand festgesetzt werden.

Hier wird abgebrochen.

Sechster Verhandlungstag (Sonnabend).

Man schreitet zur Wahl des Vorstandes und der Gauvorsteher. Sämtliche hierzu vorliegenden Anträge werden abgelehnt, auch die Anträge, welche die Wahl der Gauvorsteher auf den Gautagen vorgenommen wissen wollen. Die Wahl der besoldeten Vorstandsmitglieder erfolgt durch Stimmzettel. Die seitherigen Gauvorsteher werden durch Akklamation wiedergewählt. Zur Gehaltsfestsetzung berichtet

Schleicher, daß die Kommission von den Gehältern der Angestellten der Berliner Zahlstelle ausgegangen sei. Diese erhalten monatlich 600 Mk., steigend bis 700 Mk. Im Hinblick darauf wird vorgeschlagen, das Gehalt der Hilfsarbeiter im Verbandsbureau auf 600 bis 700 Mk. im Monat, das der Gauvorsteher und der leitenden Beamten der Zahlstellen auf 620 bis 720 Mk. zu bemessen; die Vorstandsmitglieder sollen 700 bis 800 Mk., der erste Vorsitzende 800 bis 900 Mk. erhalten. Der Höchstsatz soll durch jährliche Steigerungen um 20 Mk. erreicht werden. Für die Entlohnung der Angestellten der Zahlstellen und für Bezirksbeamte wird als Mindestgehalt 480 bis 680 Mk. vorgeschlagen. Die Festsetzung des Gehalts im Einzelfall bleibt den Zahlstellen überlassen; es soll sich zwischen dem Mindestbetrag und dem Gehalt der Gauvorsteher bewegen. Der Verbandsvorstand hat dafür zu sorgen, daß alle Angestellten, auch die in weniger leistungsfähigen Zahlstellen, entsprechend diesem Vorschlag entlohnt werden. Das Hauptbureau soll reorganisiert werden und der Vorstand berechtigt sein, den Leitern der einzelnen Abteilungen ein Gehalt zu gewähren, das über das der Hilfsarbeiter hinausgeht. Die Angestellten sollen Anspruch auf Ferien bis zu drei Wochen haben. Diese Regelung soll nur eine vorläufige sein; der Vorstand soll dem nächsten Verbandstag eine Vorlage unterbreiten. Nach kurzer Diskussion wird der Vorschlag der Kommission gegen eine Stimme angenommen. Der Vorstand wurde weiter beauftragt, dem nächsten Verbandstag eine Vorlage über die Einführung einer Pensionskasse für die Angestellten vorzulegen. Die Diäten der Gauvorsteher bleiben auf der jetzigen Höhe von 18 Mk. pro Tag und 6 Mk. für Uebernachten bestehen. Vorstand und Ausschuß sind aber ermächtigt, erforderlichenfalls Aenderungen der Sätze vorzunehmen. Die Diäten bei Konferenzen sind mindestens in der gleichen Höhe zu bemessen und können bis zur Höhe der Verbandstagsdiäten gebracht werden.

Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Es wurden 154 Stimmzettel abgegeben, davon waren 37 weiß. Eine Stimme war ungültig. Von den verbleibenden 116 Stimmen erhielt Leipart 115, Schneegaß 114, König 115, Neumann 115, Dammer 76. Eine Anzahl Stimmen war zersplittert. Nach Bekanntgabe dieses Wahlergebnisses erklärt

Leipart, daß, als sich 48 Delegierte für die Resolution erklärt hatten, die dem Vorstand Mißbrauch des Vertrauens und Verrat der Arbeiterinteressen vorwirft, er den Entschluß gefaßt habe, eine Wiederwahl nicht wieder anzunehmen. In einer Besprechung mit den Gauvorstehern haben diese erklärt, daß sie den Entschluß verständlich finden, daß er ihn aber nicht ausführen dürfe im Interesse des Verbandes. Von den Wortführern der Opposition sei auch die gewerkschaftliche Tätigkeit des Vorstandes ausdrücklich anerkannt worden. Der weitere Verlauf des Verbandstages habe ergeben, daß der ganze Streit sich um politische Meinungsverschiedenheiten drehe. Eine Anzahl Delegierter der Opposition habe ihm erklärt, daß sie bei getrennter Abstimmung dem letzten Absatz der Resolution Siegle nicht zugestimmt hätten. Die Zahl der Delegierten, die in der Tätigkeit des Verbandsvorstandes Arbeiterverrat erblicken, ist also wesentlich geringer, als aus dem Ergebnis der Abstimmung geschlossen werden kann. Deshalb und weil es ihm die große Mehrheit des Verbandstages als großen Fehler anrechnen würde, wollte er jetzt den Verband verlassen, habe er sich zur Annahme der Wahl entschlossen. In Uebereinstimmung mit den übrigen Vorstandsmitgliedern erkläre er, daß er der Opposition, die nur aus politischen Gründen für die Resolution Siegle gestimmt habe, die Konzession nicht mache. Er nehme die Wahl an und wolle mit der gleichen Opferwilligkeit wie seither seine Pflicht erfüllen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betrifft die

Statutenänderung.

Der Antrag, neu eintretenden Mitgliedern statt des Mitgliedbuches eine Karte auszuhändigen, wird abgelehnt. Das Beitrittsgeld für männliche Mitglieder wird auf 1 Mk., für weibliche und für jugendliche auf 50 Pf. festgesetzt. Der Antrag, Lehrlinge als jugendliche Mitglieder aufzunehmen, wird angenommen. Für die Zuweisung der Zahlstellen in die einzelnen Beitragsklassen soll der Verbandsvorstand eine Vorlage machen.

An Stelle einer Reihe von Anträgen, die sich mit der Regelung der Lokalkassen beschäftigen, macht die Kommission folgenden Vorschlag:

Paragraph 13 des Statuts, der den Zahlstellen das Recht einräumt, Lokalbeiträge zu erheben, wird gestrichen.

Zur Bestreitung ihrer örtlichen Ausgaben können die Zahlstellen bis zu 25 Prozent der vereinnahmten Verbandsbeiträge verbrauchen. Ueberschüssige Gelder müssen vierteljährlich an die Hauptkasse eingesandt werden.

Der Vorstand wird beauftragt, dem nächsten Verbandstag eine Vorlage über die Vereinfachung des Rechnungswesens zu unterbreiten. Durch Vereinheitlichung der Entschädigungen für Verbandsfunktionäre usw. soll die Uebernahme aller örtlichen Verwaltungskosten auf die Hauptkasse erzielt werden.

Nach einer lebhaften Aussprache wird der Antrag angenommen mit der Aenderung, daß im zweiten Absatz 30 Prozent gesagt wird. Außerdem wird ein Antrag angenommen, welcher die Zahlstellen ermächtigt, in besonderen Fällen mit Genehmigung des Vorstandes örtliche Extrabeiträge zu erheben.

Zur Regelung der Gautage macht die Kommission folgende Vorschläge:

Die Gautage werden gebildet aus Vertretern der Zahlstellen in den einzelnen Gauen. Die Vertreter erhalten aus der Verbandskasse den Ersatz des Fahrgeldes für die 3. Wagenklasse und ein Tagegeld in der jeweils im Verband üblichen Höhe.

Die Gautage sollen in der Regel an einem Sonntag stattfinden und die Verhandlungen die Dauer eines Tages nicht überschreiten.

Jede Zahlstelle hat das Recht, einen Vertreter zum Gautag zu entsenden. Zahlstellen über 200 bis 1000 Mitglieder können zwei Vertreter, solche über 1000 bis 2000 Mitglieder können drei, solche bis 3000 Mitglieder vier, solche bis 5000 Mitglieder fünf und über 5000 Mitglieder sechs Vertreter entsenden. Für die Zuteilung der Vertreterzahl gilt die Mitgliederzahl der gleichen Vierteljahresabrechnung, die für die Delegiertenwahl zum Verbandstag bestimmend ist.

Bei der Wahl der Delegierten sind nach Möglichkeit die verschiedenen im Verband vereinigten Berufsgruppen zu berücksichtigen. Die Wahl erfolgt mittels Stimmzettels in einer Mitglieder-, bzw. Sektionsversammlung, die von der Orts- bzw. Sektionsverwaltung vorher mit entsprechender Tagesordnung den Mitgliedern bekanntzugeben ist.

Beschlüsse des Gautages werden mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Delegierten gefaßt. Auf Verlangen von 10 Delegierten ist jedoch die vertretene Mitgliederzahl bei der Stimmenzählung zugrunde zu legen.

Dieser Antrag wird angenommen. Zu dem Antrag auf Schaffung eines Beirats zum Vorstand erklärt

Schleicher: Die Kommission empfiehlt Ablehnung. Wir haben einen Beirat in Gestalt der Gauvorsteherkonferenzen. Wenn die Zahlstelle Berlin das Verlangen hat, einen Vertreter zu den Gauvorsteherkonferenzen zu senden, dann besteht für den Vorstand kein Hindernis, einem solchen Wunsche zu entsprechen.

Im Laufe der Diskussion macht

Leipart den Vorschlag, einen besonderen Gau zu bilden, der die Zahlstelle Berlin umfaßt. Diese Einrichtung kann zugleich mit der in nächster Zeit ohnehin notwendig werdenden Neueinteilung der Gaue erfolgen.

Diesem Vorschlage stimmt der Verbandstag zu. Die Einführung eines Beirates wird abgelehnt.

Für die Vertretung der Mitglieder auf dem Verbandstag soll der Vorstand dem nächsten Verbandstag eine Vorlage machen. Für den nächsten Verbandstag soll auf je 1200 Mitglieder ein Delegierter gewählt werden. Die von den Zahlstellen eingesandten Gelder sollen künftig im „Mitteilungsblatt des Vorstandes" quittiert werden.

Hier wird abgebrochen. In der

Nachmittagssitzung

wird die Beratung der Anträge fortgesetzt. Der Antrag, die Listenabrechnung abzuschaffen, wird dem Vorstand überwiesen. Ebenso einige Anträge auf Anstellung von Bezirksleitern. Bei den Wahlen zum Verbandstag müssen die Delegierten in einer Zahlstelle des Wahlbezirks Mitglied sein. In Sachen der Arbeitsvermittlung wird folgendem Antrag der Kommission zugestimmt:

Der Verbandstag fordert von den Arbeitsvermittlungsstellen, daß sie bei der Zuweisung von Arbeitskräften die vom Verband anerkannten Lohn- und Arbeitsbedingungen respektieren.

Die Erwerbslosenunterstützung darf nicht verweigert werden, wenn die Arbeitsannahme wegen Nichtzahlung der im Gewerbe maßgebenden Löhne abgelehnt wird.

Mehrere Anträge auf Einberufung von Branchenkonferenzen und Errichtung von Zentralkommissionen werden, soweit die Binnenwerften, Maschinenarbeiter, Vergolder und die Schiffszimmerer in Betracht kommen, dem Vorstand überwiesen; gleiche Wünsche der Werkzeugmacher und der Jalousiearbeiter werden abgelehnt. Dem Vorstand überwiesen werden Anträge, die statistische Erhebungen für einige Branchen fordern. Der Forderung nach gesetzlicher Regelung des Lehrlingswesens schließt sich der Verbandstag an. Ersatzbücher für vollgeklebte Mitgliedsbücher sollen in den Zahlstellen, die einen Angestellten haben, am Ort ausgefertigt werden; dagegen bleibt es dabei, daß Mitgliedsbücher für von andern Verbänden übergetretene Mitglieder auch weiter nur vom Verbandsvorstand ausgefertigt werden. Die Ehrendiplome für langjährige Mitgliedschaft werden wieder abgeschafft. Der Antrag auf Ausschluß des Mitgliedes Gustav Noske wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Dafür stimmen 83, dagegen 63 Delegierte. Bei der Feststellung dieses Abstimmungsergebnisses verlassen die Berliner Delegierten den Saal.

Abgelehnt wird ein Antrag der Zahlstelle Hamborn, der Streikunterstützung für die Mitglieder verlangt, die bei dem Generalstreik im Ruhrrevier gewaltsam an der Arbeit verhindert waren. Desgleichen ein anderer Antrag, der Rechtsschutz und Unterstützung für Mitglieder verlangt, die bei einer politischen Aktion in Mitleidenschaft gezogen wurden. Hierbei wird ausgesprochen, daß die Unterstützungspflicht den politischen Organisationen obliegt. Ein Antrag der Zahlstelle Posen gibt dem Verbandstag Veranlassung, den Verbandsvorstand zu ersuchen, sich für das Schicksal der Kollegen in den von Deutschland abgetrennten Gebieten zu interessieren und ihnen nach Möglichkeit beizustehen. Ein Antrag, der Angehörige der „freiwilligen Noskетruppen" nicht als aufnahmefähig erklärt und ihren Ausschluß aus dem Verband verlangt, wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

In Sachen des Antrages auf Ausschluß von Noske erklärt

Winkler (Leipzig), daß es ein Fehler war, diesen Antrag nicht der Beschwerdekommission zu überweisen. Der gefaßte Beschluß wird bei den Mitgliedern böses Blut machen.

Leipart: Der Beschluß des Verbandstages bedeutet nicht, daß ein Urteil über die Tätigkeit Noskes abgegeben wurde. Die Begründung des Berichterstatters der Kommission hat deutlich ergeben, daß diese lediglich aus rechtlichen Erwägungen zu ihrem Antrag gekommen ist. Der Auszug der Berliner Kollegen ist nur aus ihrem Irrtum zu verstehen, als wollte der Verbandstag mit seiner Abstimmung ein sachliches Urteil über Noske fällen.

Als letzter Punkt der Tagesordnung folgt nun

Der Gewerkschaftskongreß in Nürnberg.

Leipart verweist darauf, daß der Verbandstag durch seine Beschlüsse bereits zu einigen Fragen Stellung genommen hat, die den Gewerkschaftskongreß beschäftigen werden. Er bespricht kurz die sonstigen Aufgaben des Kongresses.

Schleicher (Stuttgart) empfiehlt im Auftrage der Vorbereitungskommission die folgende

Resolution.

Um unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Interessen der Arbeiter nach jeder Seite hin wirksam vertreten zu können und um insbesondere über wichtige berufliche Fragen fruchtbringende Aufklärungsarbeiten zu ermöglichen, hält der Verbandstag die Gliederung des Zusammenschlusses der Arbeiter in Berufs- bzw. Industrieverbänden nach wie vor für notwendig.

Der Verbandstag spricht aber zugleich aus, daß der gegenwärtige Zusammenschluß der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter eine weitere Förderung dadurch erfahren müßte, indem eine Reihe berufsverwandter Organisationen sich weiter zu einem Verband vereinigen könnte.

Die fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung erfordert jedoch weiter, daß ein engeres Zusammenarbeiten der bestehenden und noch zu schaffenden größeren Organisationen stattfindet. Um dieses besser als bisher zu ermöglichen, ist vor allem eine größere Vereinheitlichung der Einrichtungen der Gewerkschaften notwendig.

Der Verbandstag beauftragt daher seine Delegierten zum Gewerkschaftskongreß, auf demselben dahin zu wirken, daß der Entwurf zur Schaffung des Gewerkschaftsbundes einen weiteren Ausbau erfährt. Schon heute erscheint es dem Verbandstag durchführbar, einheitliche Statuten, insbesondere über das Beitrags- und Unterstützungswesen, nach gleichen Normen festzulegen, denn nur durch Erfüllung dieser Maßnahme ist die Vorbedingung für ein engeres harmonisches Zusammenwirken aller Organisationen gegeben.

Die Durchführung dieser Forderungen würde auch die Rivalitäten der Organisationen, insbesondere bei Gewinnung neuer Mitglieder erheblich einschränken und das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Arbeitergruppen erheblich stärken.

In dieser vorbenannten Richtung innerhalb des zu schaffenden Gewerkschaftsbundes eine Vereinheitlichung der Organisationseinrichtungen anzustreben, hält der Verbandstag als eine der wichtigsten Aufgaben. Er fordert daher alle seine Mitglieder auf, in diesem Sinn zu wirken.

Dieser Resolution wird zugestimmt. Damit sind die Arbeiten des Verbandstags erledigt. In seinem Schlußüberblick sagt

Leipart: Dieser Verbandstag stand unter dem Zeichen der Uneinigkeit. Wir haben auch früher auf den Verbandstagen hart miteinander gerungen, und hoffentlich wird es auch in Zukunft so sein. Nur aus dem Streit der Meinungen kann der Fortschritt entstehen. Es war aber das erste Mal, daß eine Minderheit vor Schluß dem Verbandstag den Rücken gekehrt hat. Wir tragen nicht Schuld an dieser Aufregung. Der Krieg hat diese Verbitterung und Verbissenheit in unsere Reihen getragen. Wenn wir erst wieder normale Verhältnisse haben werden, dann wird auch der Geist der Uneinigkeit schwinden. Wir müssen uns bemühen, die politischen Streitfragen aus dem Verbandsleben hinauszubringen, dann finden wir den gemeinsamen Boden.

Mit Grauen denken wir an den bevorstehenden Friedensschluß. Es steht zu befürchten, daß Industrie, Handel und Gewerbe die Erschütterungen des Friedensschlusses so leicht nicht überstehen werden. Große Arbeitslosigkeit steht zu erwarten. Das dürfte unsere Stellung den Unternehmern gegenüber erschweren. Im Hinblick darauf ist es zu begrüßen, daß wir mit großer Einigkeit die Erhöhung der Beiträge und der Streikunterstützung beschlossen haben. Der Verbandstag war bemüht, die Wünsche der Kollegenschaft zu erfüllen und im Geist der Verträglichkeit zu verhandeln; wir wollen uns bemühen, die gefaßten Beschlüsse durchzuführen. Wir wollen hoffen, daß auch die Kollegen, die fortgegangen sind, von dieser Gepflogenheit nicht abweichen; andernfalls wäre es übel um den Vorstand bestellt, der gemeinsam mit den Berliner Kollegen die Geschicke des Verbandes leiten soll.

Wenn der Frieden so geschlossen wird, wie er uns jetzt droht, dann wird den Kollegen in den Ostprovinzen auferlegt, nicht mehr zu uns zu gehören. Unser Verband kann die Dinge nicht ändern, aber unsere besten Wünsche begleiten die Kollegen, wenn sie nicht mehr zu uns gehören sollten. Ein dauernder Zustand wird das nicht sein, denn an die Beständigkeit dieses Friedensschlusses kann man nicht glauben. Wir ersehnen den Tag, wo die Kollegen wieder zu uns gehören; inzwischen mögen sie im Geiste unseres Verbandes in ihrem künftigen Lande wirken; wir werden ihnen, soweit es uns möglich ist, unsere Unterstützung leihen. Leipart schließt seine Rede mit einem Hoch auf den Deutschen Holzarbeiter-Verband, worauf der Verbandstag um 5 Uhr geschlossen wird.

Gestorbene Mitglieder:

Bonn. Jean Guthardt, Schreiner — Alfred Berger, Schreiner.
Breslau. Karl Alder, Tischl., 52 J. — Julius Rose, Tischl., 51 J. — Heinrich Knecht, Parkettl., 55 J. Ernst Suppert, Holzarb., 57 J. — Artur Titze, Tischl., 44 J. — Wilhelm Wandelt, Drechsler, 51 J. Friedrich Kirstein, Tischl., 58 J. — Oskar Ziegler, Korkenschn., 44 J. — Ernst Fröhlich, Tischl., 45 J.
Gera. Gertrud Schönburg, Holzarbeiterin, 18 J. — Frieda Hädrich, Holzarb., 21 J. — Marie Schäfer, Holzarb., 19 J. — Ernst Drechsler, Modelltischler, 18 J. — Karl Müller, Harmonikamacher, 59 J. Friedrich Wackwitz, Holzarbeiter, 44 Jahre.
Großröhrsdorf. Paul Lohr, 21 Jahre.
Jauer. Paul Klar, Tischler, 47 Jahre.
Kronach. Aman Leonhard, Holzarbeiter, 31 Jahre.
Nürnberg. Hans Bleistreiner, Holzarbeiter, 16 J. Kunig, Schwarzkopf, Bleistiftarb., 40 J. — Marie Helmreich, Bleistiftark., 19 J. — Christ. Mahlein, Schreiner, 70 J. — Valentin Hufnagel, Bleistiftarb., 42 J. — Margarete Back, Bleistiftarb., 27 J. Gretchen Larz, Bleistiftarb., 15 J. — Baptist Boyer, Schreiner, 85 Jahre.
Wölfis. Fritz Ellrich, 18 Jahre.

Ehre ihrem Andenken!

Joh. Schmallandt, Korbmach., B.-Nr. 761459, geb. 17. 6. 83, sende Deine Adresse an L. Schäfer in Dilben. Auch die Kollegen werden um seine Adresse gebeten.

Emmerich a. Rh. Die Mitgliederversammlungen unserer Zahlstelle finden statt, jeden ersten Sonntag im Monat, vorm. 11 Uhr, bei Fritz Heining, Kaßstraße. — Pflicht eines jeden Kollegen ist es, zu erscheinen.

Radeberg. Mitgliederversammlung Sonnabend, den 5. Juli, abends 7 Uhr, im Restaurant „Deutsche Eiche" bei Bruno Geißler. Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. Die Verwaltung.

Tüchtige **Möbeltischler** finden sofort dauernde Stellung bei **Joh. Goeve, Parchim** (Mckl.), Mühlenstraße 6.

10 tüchtige **Bauschreiner** für dauernde Arbeit gesucht. Stundenlohn 2,05 Mk. Verheiratete werden bevorzugt. **Gebr. Hahn, Altena** in Westfalen.

Tischler, Zimmerleute und Stellmacher finden Dauerbeschäftigung gegen zeitgemäßen Lohn bei **A. L. Moller Nachf., Coswig** (Anhalt), Holzbearbeitungsfabrik.

10 bis 12 tüchtige **Möbelschreiner** auf furnierte Arbeit sowie 2—3 **Beizer und Polierer** sucht **Chr. Gatermann,** Möbelfabrik, **Duisburg,** Dolkstraße.

Tüchtige **Möbeltischler** stellt ein bei hohem Stundenlohn sofort oder später **Paul Meyer,** Möbelfabrik, **Gößnitz** (Sachsen-Altenburg).

10 Tischler für meine Bau- und Möbelwerkstätten mit Kraftbetrieb für sofort od. später gesucht. Stundenlohn Mk. 1,75. **Rich. Behrmann,** Möbelfabrik, **Laage** i. Mecklenburg.

Mehrere tüchtige **Tischler** auf furnierte Arbeit sowie ein selbständig arbeitender **Polierer** — Bedingung: Erfahrung in chemischem Beizen — stellt gegen Tariflohn sofort ein **Otto Bruno Berner,** Tischlerei mit elektrisch. Betrieb, **Löwenberg** i. Schlesien.

10 tüchtige Tischler für Möbel und Innenbau werden eingestellt. **Gr. Reckzeh, Möbelf., Insterburg,** Siehrstr. 26.

Gute **Tischler** auf furnierte Möbel, sofort gesucht. **Hermann Uhlmann, Möbelfabr., Gera-Reuß.**

Sauber arbeitende **Möbeltischler** auf bessere Möbel ges. **G. Tietjen,** Werkstätten für Möbelbau, **Varel** i. Oldenbg.

Tüchtige Möbelschreiner u. Polierer für dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn für **Bremen gesucht.** Reisekosten werden vergütet. Gefl. Angebote an die **Bremer Holzindustrie Akt.-Ges., Bremen.**

40 Möbeltischler auf Speise- und Herrenzimmer für sofort gesucht. **Städtischer Arbeitsnachweis, Zeulenroda** (Reuß), Fernruf 23, Greizer Straße 11.

Möbeltischler (Polierer), tüchtige selbständige Arbeiter, welche gut polieren können, stellen bei hohem Lohn für dauernd sof. ein **Werner & Berdach, Düsseldorf** 60.

Tüchtige Möbeltischler

auf furnierte Arbeiten in modernem Betrieb gesucht. Dauernde Stellung. Bewerb. an **Albert Müller, Leipzig,** Eisenstr. 42.

Tischler auf bess. rohe Möbel sof. gesucht. **Gust. Bethmann,** Fabrik für Holzbearbeitung, **Dessau** (Anhalt), Zimmerstr. 1.

Mehrere **Bauschreiner** sofort gesucht. **Rob. Lange,** Mechanische Schreinerei, **Witten** a. d. Ruhr.

Tischler auf Möbel nach Zeichnung bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung suchen Werkstätten für angewandte Kunst **A. Steininger & Co., G. m. b. H., Vegesacker bei Bremen.**

3 Tischler für furnierte edlere Büfett's und Kredenzen, und 2 tüchtige **Stuhlbauer** finden sofort dauernde Stellung. **Carl Kuhrmeier,** Möbelfabr., **Petne** (Hann.).

Gelernter **Tischler,** Kriegsinvalide bevorzugt, welcher gut rechnen und eventuell mit der Schreibmaschine schreiben kann, findet dauernde Stellung im Kontor bei **Carl Schwarzer,** Möbelfabrik, **Kloster Wennigsen** bei Hannover.

Einige tüchtige **Möbeltischler** für Eß-, Herren- u. Schlafzimmer, eichen u. poliert, sowie einen perfekten **Stuhlbauer** für feine Stühle gesucht. Auskömmliche gute Kost u. Wohnung zugesichert. **Ad. Sander,** Möbelfbr., **Willershausen** bei Kreiensen, Braunschweig.

In Landhaus des Hochgebirgs wird für sofort vom Besitzer selbständig arbeitender **Möbelschreiner** gesucht. Eigene Schreinerei, freie Wohnung, vorzügliche Verpflegung, guter Lohn. Eilangebote erb. an **Dippold** in **Mittelberg** b. Oberstdorf, Allgäu.

Aelterer **Möbeltischler** ledig, sucht Dauerstellung als Abputzer oder Polierer in Möbel- oder Pianofabrik, wo Teilarbeit eingeführt ist. Kost u. Logis muß vorhanden sein. Off. an **W. Archimowitz, Preußisch-Holland** i. Ostpr., Bahnhofshotel.

Möbeltischler

werden gesucht. **Ludwig Hupfeld A.-G., Böhlitz-Ehrenberg** bei Leipzig.

Tüchtige **Möbeltischler** für dauernde Beschäftigung sucht für sofort **Ernst Platz,** Tischlerei mit Kraftbetrieb, **Preußisch-Eylau,** Ostpreußen.

2 Tischler für Bau und Möbel für dauernd gesucht, **Otto Schneider, Großwusterwitz,** Bezirk Magdeburg.

Tüchtige Möbeltischler werden bei hohem Lohn u. dauernder Beschäftigung eingestellt. **A. Mülbradt,** Tischlerei, **Bad Bramstedt** in Holstein.

2 tüchtige Möbeltischler sucht sofort **Carl Dänschel, Golßen** (N.-L.). Meldung auch bei **Kuhlmey, Berlin-Südende,** Lacknerstr. 3.

10 Möbeltischler für Kontormöbel (Teilarbeit) gesucht.
Mehrere Möbeltischler f. Arbeit nach Zeichn. **Bau- u. Möbeltischler** a. Ort u. nach dem Lande. **Mehrere Stellmacher** für Wagenbau am Ort und nach dem Lande. **Städtisches Arbeitsamt Magdeburg,** Vermittlungsstelle für Holzarbeiter, Breiteweg 232 a, Fernruf Nr. 7771.

Möbeltischler auf rohe u. furnierte Arbeit sof. ges. Verheiratete bevorz. **Möbelfbr. P. Rieger, Kottbus,** Ströbitzerstr. 23.

Vortischler als Meister zur Leitung eines maschinellen Tischlereibetriebes für Herren-, Speise- und Schlafzimmer-Einrichtungen gesucht. Gute Zeichenkenntnisse, vornehmer Geschmack und praktische Tätigkeit Bedingung. Eventuell wird erstklassige Verpflegung und Wohnung gewährt. Angebote mit genauen Angaben und Photographie unter **C. D. 456** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Erfahrener tüchtiger **Rahmenschreiner** auf dauernde Beschäftig. sofort gesucht. Nur Spezialarbeiter wollen sich melden. **F. G. Conzen, Düsseldorf,** Poststr. 1a.

Mehrere tüchtige **Tischler u. Stuhlbauer** sofort gesucht. **Chr. Müller, Oberplanitz** bei Zwickau.

Möbeltischler u. Stuhlbauer finden dauernde Beschäftigung. Hirschberger Holzindustrie u. Kunsttischlerei **W. Rudolph & Co., G. m. b. H., Hirschberg** in Schlesien.

Stuhlbauer, namentlich auf bessere Stühle eingearbeitet sowie **Tischler** für Stühle und Möbel werden eingestellt. **Robert Oelschlägel & Co., Pr. Holland,** Ostpr.

Stuhl- und Sesselbauer stellt ein auf Stundenlohn von 1,80—2,05 Mk. **Tischler** auf weiße und furn. Möbel auf Stundenlohn von 1,55 bis 2,05 Mk. Wohnungen sind im Ort zu haben. **Hermann Ahnert,** Möbelfabrik, **Reichlitz** i. Sa.

Tüchtige ledige **Schreiner u. Polierer** f. unsere Fabrik in Darmstadt od. Kl.-Umstadt gesucht. **Karl Arnold & Sohn,** Pianofortefabrik, **Darmstadt,** Ecke Erbacherstraße, nächst dem Schwimmbad.

Tischler (Polierer) tüchtiger, selbständiger Arbeiter, welcher gut polieren kann, stellen bei hoh. Lohn in dauernd. Stellung sofort ein **Bremer Carosserie-Werke vormals Louis Goertner A.-G., Bremen.**

Für unsere Fabrik in Klein-Umstadt, Lohnfl. 4, einige tüchtige **Schreiner und Polierer** unverheiratete gesucht. **Karl Arnold & Sohn,** Pianofabrik, **Darmstadt,** Ecke Erbacherstr. n. d. Schwimmbad.

Tüchtige Stuhlmacher und Polierer finden sofort dauernde Arbeit bei **Chr. Imse, Stuhlfabrik, Karlsruhe,** Sofienstraße 17.

2-3 Polierer sowie einige tüchtige **Stuhl- u. Sesselbauer** finden dauernde Stellung zu guten Löhnen bei **E. Schmutzler,** Stuhl- und Möbelfabrik, **Lößnitz** i. Erzgebirge.

Tüchtige **Möbelbeizer** und **Polierer** für sofort gesucht. **Gebrüder Rust, Remscheid,** Alleestraße 55.

Tüchtiger **Fräser,** der absolut selbständig auf gute Möbel arbeiten und die Fräsemesser selbst anfertigen kann, bei guter Bezahlung f. dauernde Arbeit zu baldigem Eintritt ges. **Ernst Agler, Möbelfabrik, Heidelberg.**

Wir suchen tüchtige **Möbeltischler, Zuschneider, Reißer.** **Vogtländische Industrie-Aktiengesellschaft, Auerbach** i. Vogtland.

Tüchtiger **Zuschneider** für einfache und bessere Möbel sof. gesucht. Derselbe muß auch die Maschinen in Ordnung halten können. **Wilh. Haverkamp, Hamborn,** Möbelschreinerei, Warbrickstr.

4 Hölzerschneider (Knief), grünes Holz, hoh. Lohn, für dauernd gesucht. **Otto Wankelmuth, Uetze** i. Hannover.

Rund- und Ovaldrechsler stellt per sofort bei günstigen Bedingungen ein **Max Langer,** Rahmenfabrik, **Görlitz,** Landeskronstr. 33.

Tüchtige **Oval-Drechsler** für sofort gesucht mit Angabe der bisherigen Tätigkeit. **O. Pfund,** Bilderrahmenfabrik, **Münder** a. Deister.

Tüchtige **Holzdrechsler** für kleine Rund- u. Ovalrahmen bis 15×20 cm sofort gesucht. **H. Stanklewitz,** Holzwarenfabrik, **Langensalza** in Thüringen.

Drechsler wird gesucht, **Friedrich Gerke,** Drechslerei, **Stendal,** Poststr. 9.
Daselbst wird eine Fräse zu kaufen gesucht.

Tüchtige **Drechsler** zu sofortigem Antritt gesucht. Stuhlfabrik **Gebr. Aahlig, Colmnitz** b. Freiberg (Sachsen).

Drechsler bei gutem Lohn sofort gesucht. **Wilhelm Meine,** Mech. Drechslerei, **Bielefeld,** Am Damm 10.

Für eine größere Stockfabrik
wird eine allererste Kraft als

Betriebsleiter

gesucht. Gefl. Offerten unter **F. C. 4650** an **Rudolf Mosse, Frankfurt am Main.**

Vergolder u. Polituraarbeiter stellen ein **Wattenberg & Cie., Burg** bei Magdeburg.

Mehrere **Stellmacher** für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. **Dessauer Waggonfabr. Akt.-Ges., Dessau-Anh.**

Mehrere tüchtige **Kastenmacher u. Kastenhelfer** sowie 1 bis 2 Karosserieschreiner können sof. eintreten. **Karosseriewerke Weinsberg G. m. b. H., Weinsberg** bei Heilbronn (Württemberg).

Wir suchen zum möglichst sofortigen Eintritt

Spezialarbeiter im Karosseriebau,

4—6 Kastenmacher u.-helfer, mehrere Schlosser, Lackierer, Sattler und Polsterer. Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften und Angabe der Lohnforderung an **C. Maquet, G. m. b. H., Heidelberg,** Abtlg. Wagen- u. Karosseriebau.

Suche für sofort einen jüngeren **Korbmacher** für landw. grüne Körbe. **Max Weihs,** Korbmachermeister, **Rudelstadt,** Kreis Bolkenhain, Schlesien.

Korbmacher auf Weidenmöbel stellt ein, Stundenl. 2—2,50 Mk. **Herm. Grahl,** Korbmöbelf., **Werder** a. H., Baderstr. 57.

Ein Korbmacher

für sofort gesucht für alle im Fach vorkommenden Arbeiten. **Franz Engelken,** Korbmacher, **Oldenburg** i. Gr., Nebenstr. 22.

1 Korbmacher auf Mattarbeit und einen, der auf Korbmöbel geübt ist, stelle sogleich für dauernd ein. Auch Verheiratete. **Gottfried Wolle, Bergen** a. Rügen.

5 Korbmacher auf Gestellarbeit (Weidenmöbel) und 5 **Korbmacher** auf Weiß- u. Grüngeschlagen wie auch Mattarbeit bei hohem Lohn u. dauernder Stellung sofort gesucht. **Johann Falk, Rostock,** Meckl.

Einen selbständig arbeitenden **Gestellarbeiter** für Weidenmöbel sucht sofort **Hermann Kühn, Kötzschenbroda** in Sachsen.

2 bis 3 tüchtige **Gestellarbeiter** auf Weidenmöbel bei Höchstlohn für sofort gesucht. **R. Weinacht, Bunzlau** i. Schl.

Mehrere Korbmacher auf leichte Gestellarbeit stellt sofort ein **Ch. Danzig, Leipzig,** Humboldtstraße 27.

Korbmacher auf Weidenmöbel und Geschlagenes stellen ein **Bohnsack & Co., Barmen.**

Tüchtiger Korbmacher auf weißgeschlag. Arbeit wird sofort gesucht. **W. Zimmermann, Sternberg** i. Mckl.

Tücht. Bohrer u. Drechsler auf Bürstenhölzer für dauernde Arbeit bei sehr guter Bezahlung gesucht. Itzehoer Bürstenhölzerfabrik **A. Corbelin & Reimers, Itzehoe** (Holstein).

Bürstenmacher für Borstenzurichten u. Pechen kann eintreten. Stldd. bev. **J. L. Klein, Schwäb. Hall,** Württbg.

Stockfabrik

mit elektrischem Kraftbetrieb, über 25 Jahre bestehend, soll umständehalber mit gesamter Einrichtung (Bandsäge, Frais-, Raspel- u. Drehbänke usw.) sowie Bestände, sofort preiswert verkauft werden. Niedrige Miete, im Zentrum Hamburgs. Sehr günstige Gelegenheit für Anfänger. Gefällige Angebote unter K. V. 293 an HUVAG (Haasenstein & Vogler A.-G.), Hamburg

Patent Broschüre über „Selbst-Anmeldung" gratis von K. Berbig, Hannover, Rathwallstraße 5 A.

Holzkitt (Schellackkitt)
in allen Farben, das beste Mittel, schadhafte Stellen in Holz und Furnieren auszubessern (nur mit heißem Eisen einbrennen). 1 Kilo 16,50 Mk.
Vorbeize für Weichhölzer
1 Kilo 4,— Mk. ab Frankfurt a. M., bietet an **J. Nissen,** Lacke, Kitte, Beizen, **Frankfurt a. M.,** Rohrbachstraße 53.

Teilhaber gesucht

mit etwa 20 Mille Einlage und nachweisbarer mehrjähriger Tätigkeit im Fach für neu zu errichtendes grösseres Sägewerk mit Wasserkraft in holzreicher Gegend Bayerns. Angebote unter A. B. 455 an die Expedition der Holzarbeiter-Zeitung.

Schöne Intarsien-Holzeinlagen für Möbel, Schatullen. Maxim. Weiß, Leipzig 5.

Werkzeug-Neuheiten.
Preislisten gratis und frankoi
Otto Bergmann, Berlin SO., Oppelnerstr. 31.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 14. Juni, bis Freitag, 20. Juni 1919.
A = Am Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen. C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Bautischler			Möbeltischler			Maschinenarbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C
Berlin	3	—	784	111	—	1045	16	—	356	15	—	473	4	—	102	112	—	1228	261	—	2963
Bremen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Breslau	2	—	15	16	20	—	2	2	2	1	1	—	—	—	3	5	10	3	26	33	23
Celle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz	—	1	—	16	24	—	—	—	4	—	—	1	—	1	1	2	6	35	18	32	41
Eilenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Forst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Herford	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig	6	—	24	67	33	60	9	1	108	12	9	—	3	—	31	14	4	303	111	47	526
Lübeck	3	5	—	5	39	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	1	14	4	9	61	4
Magdeburg	—	12	—	9	14	—	1	4	—	1	—	—	—	—	3	4	17	—	15	47	3
Stettin	2	4	1	13	17	2	5	2	1	1	—	—	—	1	—	1	13	3	22	37	7
Zusammen	16	22	824	237	147	1107	33	12	471	30	10	474	7	2	140	139	64	1576	462	257	4597
Vor. Woche	30	6	859	201	141	1132	40	4	495	16	15	503	6	2	139	111	32	1667	404	203	4795

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. in Berlin SO. 16